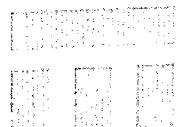


Sonderheft der Zeitschrift
für Außen- und Sicherheitspolitik
Sonderheft 3 | 2011

Herausgegeben von
Thomas Jäger

Klaus Brummer
Stefan Fröhlich (Hrsg.)

Zehn Jahre Deutschland in Afghanistan



Inhalt

Vorwort	1
Einleitung: Zehn Jahre Deutschland in Afghanistan <i>Klaus Brummer / Stefan Fröhlich</i>	3
Teil I. Analysen	
Deutschlands Rolle in der EU und NATO beim Konfliktmanagement in Afghanistan <i>Stefan Fröhlich</i>	31
Das deutsche Afghanistan-Engagement in den Vereinten Nationen <i>Johannes Varwick / Martin Schmid / Christian Stock</i>	45
Civil-militärisches Zusammenwirken und vernetzte Sicherheit als Herausforderung deutscher Sicherheitspolitik: Der Fall Afghanistan <i>Hans-Georg Ehrhart</i>	65
Der wehrverfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt und die Verteidigung der Sicherheit Deutschlands am Hindukusch, 2001–2011 <i>Franz-Josef Meiers</i>	87
Deutschlands (Nicht-)Drogenpolitik in Afghanistan <i>Florian P. Kühn</i>	115
Die regionale Dimension des Afghanistankonflikts <i>Christian Wagner</i>	131
Teil II. Studien	
Überzeugungen und Handeln in der Außenpolitik. Der Operational Code von Angela Merkel und Deutschlands Afghanistanpolitik <i>Klaus Brummer</i>	143
Deutschlands Verteidigung am Hindukusch: Ein Fall misslingender Sicherheitskommunikation <i>Daniel Jacobi / Gunther Hellmann / Sebastian Nieke</i>	171
Demokratischer Krieg am Hindukusch? Eine kritische Analyse der Bundestagsdebatten zur deutschen Afghanistanpolitik 2001–2011 <i>Harald Müller / Jonas Wolff</i>	197
Deutschlands Rolle in Afghanistan: State-Building-Dilemmata einer Zivilmacht <i>Sebastian Harnisch</i>	223

Warum (Neo-)Realisten (meistens) keinen Krieg mögen
Carlo Masala 253

Gefährliche Freundschaft: Der deutsche Einsatz in Afghanistan im transatlantischen
Verhältnis
Felix Berenskötter 271

Teil III. Ausblick

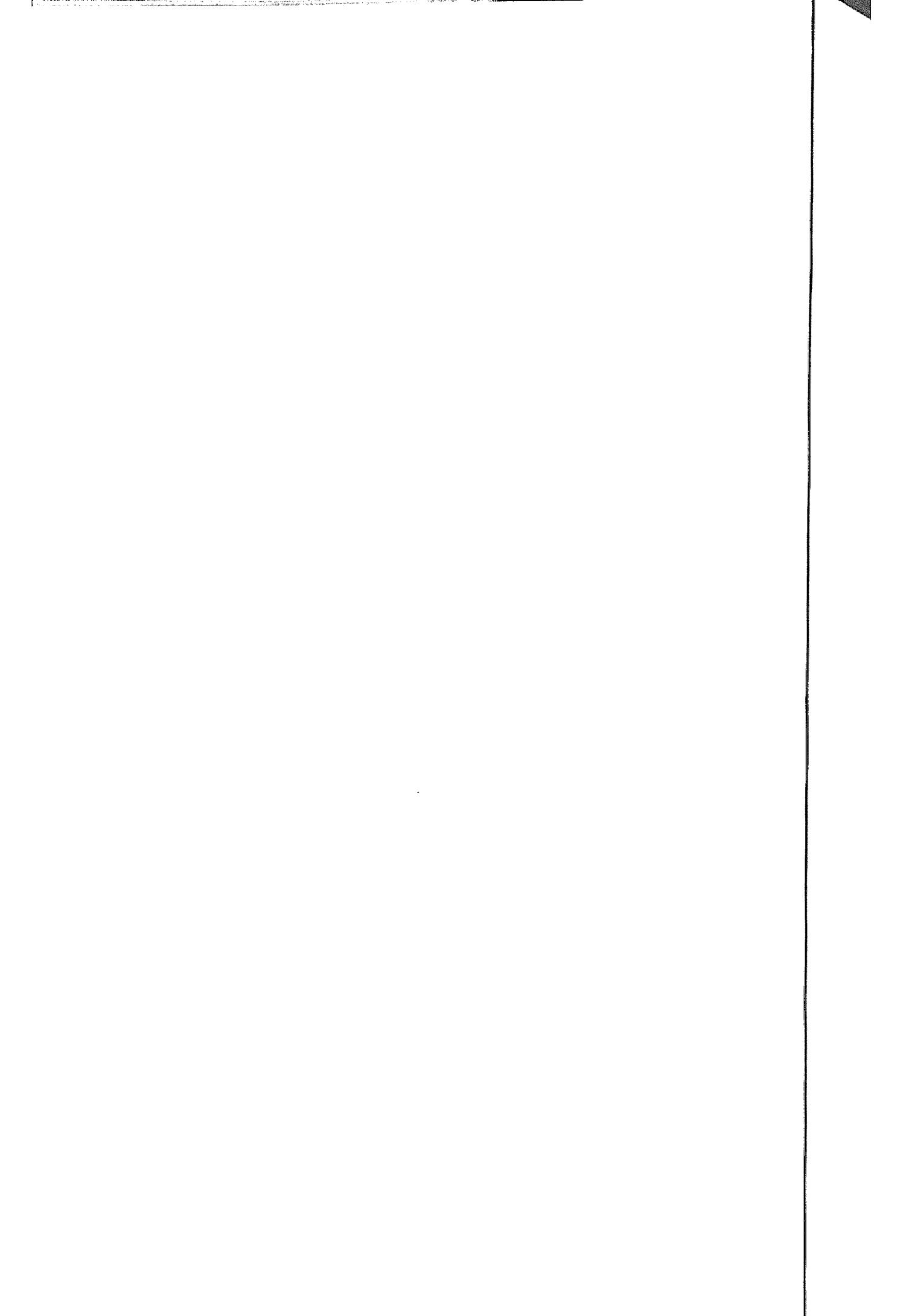
Die Abzugsperspektive
Lothar Rühl 299

Vorwort

Angestoßen wurde dieses Sonderheft der „Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik“ (ZfAS) im Januar 2010. Die Idee war, zu den zehnten Jahrestagen der Entscheidungen von Bundesregierung und Bundestag zur Beteiligung deutscher Streitkräfte an der *Operation Enduring Freedom* (beschlossen im November 2001) und der *International Security Assistance Force* (Dezember 2001) eine politikwissenschaftliche Bestandsaufnahme des deutschen Engagements in Afghanistan zu machen. Dem Muster der ZfAS folgend, sollte dies sowohl aus einer eher policyorientierten Perspektive („Analysen“) als auch aus theoretisch informierten Sichtweisen („Studien“) erfolgen. Die durchweg positive Resonanz, die wir auf unsere Anfragen für Beiträge erhielten, bestätigte uns in der Durchführung des Vorhabens.

Unser herzlicher Dank gilt entsprechend den Autoren des Sonderhefts. Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, dass eine ebenso fundierte wie thematisch und theoretisch vielschichtige Perspektive auf den deutschen Afghanistan-einsatz entstanden ist. Herzlich bedanken möchten wir uns ferner bei Thomas Jäger, Kai Oppermann und den Redaktionsmitgliedern der ZfAS zunächst für ihre große Aufgeschlossenheit für das Projekt und anschließend für die exzellente Begleitung des Umsetzungsprozesses, der nunmehr im Erscheinen dieses Sonderhefts gemündet ist. Bedanken möchten wir uns ferner bei Frank Schindler und den weiteren Mitarbeiter/innen des VS-Verlags, welche auf der technischen Seite die Herstellung des Sonderhefts ermöglicht haben. Weiterhin gebührt Andreas Regler und Gary Cunningham herzlicher Dank für die Unterstützung bei der Endredaktion der Beiträge.

Erlangen, im Juli 2011
Klaus Brummer und Stefan Fröhlich



Deutschlands Rolle in Afghanistan: State-Building-Dilemmata einer Zivilmacht

Sebastian Harnisch

Zusammenfassung: Der Beitrag analysiert die Bedeutung der Zusammensetzung außenpolitischer Rollen aus ego- und alter-Erwartungen für die deutsche Afghanistanpolitik zwischen 2001 und 2011. Auf der Grundlage von Rollentheorie und „State-Building“-Forschung fragt er zunächst, welche Auswirkungen der Einsatz ziviler und militärischer Instrumente auf die Kooperationsbereitschaft der lokalen afghanischen Eliten und Gesellschaft hatte. Es wird gezeigt, dass klassische Zivilmachtnormen – starke Demokratisierungsforderungen und ein schwacher militärischer „footprint“ – von wichtigen afghanischen Akteuren zunehmend abgelehnt wurden. Während sich die deutsche Rolle vom „Befreier“ immer mehr zum „Besatzer“ wandelt, vergrößern sich die „State-Building“-Dilemmata, so dass im Jahr 2011 von einer „konfrontativen Konsolidierung“ gesprochen werden muss. Im zweiten Schritt werden die parlamentarischen Rechtfertigungen für die deutsche Interventionspolitik untersucht, indem parteipolitische Differenzen und Verschiebungen zwischen ego- und alter-bezogenen Argumentationen herausgearbeitet werden. Die Analyse ergibt, dass sich die Rechtfertigungen unter dem Eindruck wachsender State-Building-Dilemmata wandelten: Expansive, alter-bezogene Ziele wurden beschränkt, Konsolidierungstransfers wurden konditionalisiert und ego-bezogene Rechtfertigungen verstärkt.

Schlüsselwörter: Rollentheorie · State-Building-Dilemma · Zivilmacht · Afghanistan · Ego- und alter-Erwartungen

**Germany's Role in Afghanistan: State-Building Dilemmas
of a Civilian Power**

Abstract: The article examines how changes in ego- and alter-expectations shaped the German role conduct in Afghanistan. Based on recent advances in role research and the State-Building-Dilemmata literature it explores the effects of civilian and military instruments on the cooperative behaviour of local Afghan elites. The evidence indicates that classical civilian power norms—strong democratization expectations and a light military footprint—were rejected by important local actors already in the first phase. While Germany's role shifted from “liberator” towards “occupier” state-building dilemmas intensified. Thus, in 2011 role interaction has turned towards a “confrontative consolidation”. In a second step, the paper analyses the parliamentary

discourse legitimating Germany's interventionist role. It finds that increased state-building dilemmas reshaped the argumentation patterns so that the expansive civilian power role became more self-restrained.

Keywords: Role theory · State-building dilemma · Civilian power · Afghanistan · Ego- and alter expectations

1 Einleitung¹

Der Beitrag untersucht die Bedeutung der „außenpolitischen Rolle“ der Bundesrepublik Deutschland für deren Afghanistanpolitik in den Jahren 2001–2011. Im Kontrast zum alltagssprachlichen Gebrauch von „Rollen in der internationalen Politik“ werden diese hier als „soziale Positionen“ (und als sozial anerkannte Kategorien für bestimmte Akteure) verstanden, die durch ego- und alter-Erwartungen im Hinblick auf die Aufgaben des Rolleninhabers in und für eine soziale Gruppe konstituiert werden (Thies 2010a, S. 6338). Dabei werden die Veränderungen der internen und externen Anteile der Rolle zur Erklärung des Interventionsverhaltens von Staaten im Sinne einer konstitutiven und kausalen Logik herangezogen (Wendt 1999, S. 82).

Es wird argumentiert, dass die soziologisch-inspirierte Rollentheorie eine plausible Betrachtungsweise bereit hält als die bisherigen Erklärungen der deutschen Afghanistanpolitik. Dies geschieht, indem die soziale Interaktion zwischen dem deutschen Rollenverhalten als „Interventionsmacht“, den deutschen gesellschaftlichen Erwartungen sowie den externen Rollenerwartungen der Verbündeten und der afghanischen Akteure analysiert werden. Die Untersuchung integriert zu diesem Zweck Einsichten aus dem rollentheoretischen Strang der Außenpolitikanalyse (Thies 2010a; Harnisch 2011a; Harnisch 2012) und der Forschung zu den Staatsbildungsdilemmata von externen Interventionsmächten (Paris und Sisk 2008a; Sisk 2010).

Der Beitrag fragt danach, inwiefern das deutsche Afghanistanengagement durch interne und externe Rollenerwartungen, insbesondere der Verbündeten und der unterschiedlichen (Gewalt-)Akteure in Afghanistan, geprägt wurde. Die Analyse geht von der Annahme aus, dass die deutsche Rolle in Afghanistan in wachsendem Maße durch die Interaktion mit den unterschiedlichen Akteuren in der afghanischen Zielgesellschaft geprägt wurde und sich von einer expansiv-alter-bezogenen Befreierrolle zu einer ego-bezogenen beschränkten Rolle entwickelte.

In der ersten halben Dekade geriet das Rollennarrativ der rot-grünen Bundesregierung als „Mitglied der Anti-Terrorkoalition“ und „Verteidiger universaler Werte“ rasch unter Rechtsfestigungsdruck. Zum einen forderten die Verbündeten, insbesondere die US-Regierung, einen robusteren deutschen Einsatz durch die Zusammenlegung der *Operation Enduring Freedom* (OEF) und der *International Security Assistance Force* (ISAF). Dadurch drohte jedoch die innenpolitisch so wichtige Rollenabgrenzung zwischen „militärischem Anti-Terrorkampf“ (USA) und „friedlicher Wiederaufbauhilfe“ (Bundesrepublik) aufzu-

¹ Ich danke Michael Lorke, Hanna-Louise Dörr und Maria Monnheimer für die Unterstützung bei der Zusammenstellung und Aufbereitung des Datenmaterials.

brechen.² Zum anderen führten die wachsende Anzahl an zivilen und militärischen Opfern sowie die Berichte über die hartnäckige Korruption und Unzulänglichkeit der Regierung Karzai dazu, dass das deutsche Rollennarrativ als „Unterstützer demokratischer und universaler Werte“ in der eigenen Öffentlichkeit unter zusätzlichen Rechtfertigungsdruck geriet.

Aus der Perspektive der Dilemmata externer Post-Konfliktkonsolidierung wird zudem deutlich, inwiefern lokale Eliten/Akteure durch ihr Verhalten die Legitimität der externen Interventionsmächte und damit ihr Rollenverständnis massiv beeinflussen können. Kurz: Wenn der „Befreier“ zum „Besatzer“ wird, dann findet im Gegenzug die Rolle der „Aufständischen“ immer mehr Unterstützung in der Zielgesellschaft (Talentino 2007; Ruttig 2009, S. 2; Koehler 2010). Rollen werden hier nicht nur als ko-konstitutive soziale Konstrukte erkennbar, die von mindestens zwei Akteuren und den (sprachlichen) Konventionen der Gesellschaft, in denen sie situiert sind, definiert werden (Dessler 1989, S. 460). Auch das Auseinanderfallen von Rollenerwartungen und Verhalten wird an dieser Stelle verstehtbar, denn offensichtlich ist die erfolgreiche Ausführung einer Rolle (Befreier) mit der nachhaltigen Übernahme der Komplementärrolle (Befreiter) konstitutionsanalytisch verbunden. Verfehlten die Interventionsmächte also ihr Ziel, die Sozialisierung der Zielgesellschaft als berechenbaren Rollenträger in die bestehende Staatengemeinschaft, dann kommt es in diesen Regionen zu Systemstrukturversagen und der Etablierung neuer Formen sozialer Interaktionen auf substaatlicher und transnationaler Ebene, d. h. „failed states“.

Konkret bedeutet dieser analytische Befund für die praktische Politik: Gelingt es demokratischen Interventionsstaaten nicht rechtzeitig, die Anwendung legitimer Zwangsgewalt auf eine lokale, demokratisch-verantwortliche Elite zu übertragen, dann besteht ein hohes Risiko, dass die steigenden moralischen und materiellen Kosten der militärischen Intervention die Bereitschaft des eigenen Demos, den Einsatz zu legitimieren, abschmelzen lassen, bevor eine nachhaltige demokratische Konsolidierung einsetzen konnte (Bueno de Mesquita und Downs 2006; Barnett und Zürcher 2008; Daxner et al. 2008).

Der Beitrag geht wie folgt vor: Nach einer kurzen Diskussion des Forschungsstandes in der Rollentheorie und „State-Building“-Forschung werden Hypothesen über den Zusammenhang der Rollenstruktur und „State-Building“-Dilemmata gebildet. Sodann werden die bisherigen Erklärungen für die deutsche Afghanistanpolitik kritisch diskutiert. Im empirischen Hauptteil des Beitrags wird analysiert, 1) wie sich das militärische und zivile Rollenverhalten entwickelt hat und 2) welche State-Building-Dilemmata sich dadurch in Afghanistan ergeben haben. Abschnitt 5 analysiert den parlamentarischen Rechtfertigungsdiskurs für das deutsche Verhalten, indem die Bedeutung von ego- und alter-Erwartungen bestimmt wird.

Das Fazit kommt zu dem Ergebnis, dass State-Building-Dilemmata für zivilmachtorientierte Interventionsgesellschaften besonders groß sind, weil diese einen starken immateriellen „footprint“ in der Zielgesellschaft anstreben, ohne hinreichend in Betracht zu ziehen, dass die Interventionsverlierer („spoiler“) in diesen Gesellschaften erfolgreich versuchen könnten, ihre bisherige wirtschaftliche, soziale und politische Stellung zu verteidigen. Für Nicht-Zivilmächte ist dieses Risiko geringer, da sie weniger mit einer

² Siehe den Beitrag von Felix Berenskötter in diesem Band.

freiwilligen Normübernahme in der Zielgesellschaft rechnen. Ihre Balance zwischen immateriellem und materiellem „footprint“, so die Annahme, sollte daher ausgewogener sein.³

2 Rollentheorie und State-Building-Dilemmata-Forschung

Die Rollentheorie entwickelte sich in den 1970er Jahren als eigenständiger Strang in der vergleichenden Außenpolitikforschung (Walker 1987). Sie greift implizit ein zentrales Argument der englischen Schule in den Internationalen Beziehungen auf. Danach sind Staaten und ihr Verhalten in einer größeren sozialen Struktur, der anarchischen Gesellschaft (Bull 1977), eingebunden, deren Normen und Regeln sie als Standards angemessenen Verhaltens akzeptiert haben. In dieser Perspektive setzen materielle Kapazitäten zwar wichtige Grenzen für bestimmte Rollen, z. B. die Ausbildung einer Supermachtrolle (Jönsson 1984; Thies 2010c). Es sind aber die sozialen Ressourcen (Ansehen, Vertrauen, Legitimität) und die Zuschreibung bestimmter Rechte und Pflichten durch Träger korrespondierender Rollen, welche die Staaten als Staaten und als Rollenträger konstituieren (Wendt 1994, S. 385).⁴

Die rollentheoretische Außenpolitikforschung kann epistemologisch grob in zwei Stränge unterteilt werden: In der US-amerikanischen Forschung dominiert bislang eine Auffassung, die außenpolitische Rollen auf materielle Eigenschaften der Rollenträger zurückführt und die Stabilität von Rollen(elementen) als „causes for action“ betont. Europäische Rollentheoretiker neigen hingegen dazu, außenpolitische Rollen als „reasons for action“ zu betrachten. Rollenrekonstruktionen geraten dadurch stärker in den Blick und werden durch die Inhalts- oder diskurstheoretische Analyse von Sprache und Praktiken verständlich gemacht (Breuning 2011). Alle Rollentheoretiker betonen jedoch gemeinsam, dass Rollen nicht unabhängig von den antizipierten Erwartungen anderer Rollenträger, d. h. der jeweiligen Gruppe oder Gesellschaft, betrachtet werden können (Dessler 1989, S. 460; Wendt 1999, S. 251–257; Thies 2010c, S. 694).⁵

In der rollentheoretischen Forschung zur deutschen Außenpolitik dominierten bislang idealtypische Untersuchungen, die den „Realtyp“ des vereinigten Deutschland am Idealtyp der „Zivilmacht“ maßen (Maull 1990/1991, 1992, 2000, 2007; Harnisch und Maull 2001; Kirste 1998; Kirste und Maull 1996; Pfeil 2000). Diese Studien ergaben, dass das Rollenverhalten in der ersten Dekade nach der Vereinigung in den meisten Politikfeldern, gemessen an den drei Kernnormen des Idealtypus (Gestaltungswille; Autonomieverzicht;

³ Dies heißt ausdrücklich nicht, dass Nicht-Zivilmächte durch Interventionen weniger oder keine State-Building-Dilemmata produzieren. Doch diese werden, so die Annahme, durch andere Wirkmechanismen hervorgerufen.

⁴ So kann die Konstitution der Rolle eines „rogue states“, einer klassischen Außenseiterrolle, nur vor dem Hintergrund der Entwicklung einer weitgehend durch liberale Staaten beherrschten Staatengemeinschaft verstanden werden.

⁵ Rollentheoretische Ansätze unterscheiden sich hier grundsätzlich von Identitätsansätzen, die primär (und zumeist ausschließlich) Selbstzuschreibungen ohne unmittelbaren funktionalen Gruppenbezug in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen (vgl. Harnisch 2003, S. 331).

Interessenunabhängige Normdurchsetzung), als „modifizierte Kontinuität“ beschrieben werden kann. Konkret wurde der erkennbare Wandel in der EU-Integrations- und Erweiterungspolitik und militärischen Einsatzpolitik dann auf veränderte soziale und transnationale Erwartungen zurückgeführt (Harnisch und Maull 2001, S. 137).

Als Erklärungsfaktoren wurden Verschiebungen der ego- und alter-Erwartung und die Gewichtung zwischen diesen beiden Erwartungsbündeln herangezogen. Die stark angestiegene Anzahl und Intensität der Bundeswehreinsätze im Ausland wurde aus dieser rollentheoretischen Perspektive dadurch „ermöglicht“, dass die Bundesregierungen seit der Vereinigung immer wieder auf eine „gestiegene internationale Verantwortung“ gegenüber der Staatengemeinschaft als „generalisiertem Anderen“ und der spezifischen deutschen historischen Verantwortung – gegenüber den Opfern deutscher Gewaltherrschaft als „signifikanten Anderen“ – verwiesen haben. Binnenstaatliche Lernprozesse trugen zu diesem Rollenwandel bei. Die Leitideen wurden neu priorisiert und dahingehend uminterpretiert, dass nun auch der Einsatz militärischer Gewalt zur Abwendung von Völkermord und humanitären Katastrophen zulässig wurde (Philippi 1997; Maull 2000).

Der Wandel der deutschen Rolle wurde weiterhin auf zwei binnenstaatliche Veränderungen zurückgeführt: erstens auf die seit der Vereinigung verminderten finanziellen Ressourcen für eine klassische, auf wirtschaftlichen Anreizen basierende Zivilmachtstrategie (Frenkler 2001; Maull 2006) und zweitens auf die wachsenden Beteiligungsfordernungen der Bundesländer, des Bundestages und des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere in der Europapolitik (Harnisch und Maull 2001, S. 148; Harnisch 2007). Diese Verschiebungen in der Rollenstruktur sind als stärkerer Selbstbezug des vereinten Deutschlands im Sinne einer gewachsenen Betonung der ego-Erwartungen für die gesamte Rollendefinition interpretiert worden (Harnisch und Maull 2001, S. 130; Harnisch und Schieder 2006).

2.1 Rollenstruktur: Ego, alter und die „signifikanten Anderen“

In der neueren theoretischen Debatte ist die Frage des Wandels der Rollenkonzeption durch die Veränderung der ego- und alter-Bestandteile primär im Hinblick auf Ausdifferenzierung des „alter-parts“ diskutiert worden. Thies (2003, (2010b) argumentiert für sog. Novizenstaaten, d. h. Neulinge in der Staatengemeinschaft, dass diese vor allem durch Großmächte und Regionalmächte in das von diesen geprägte System „hineinsozialisiert“ würden. Novizen verfügen danach über wenige „angeeignete“, dafür aber über umso mehr „zugeschriebene Rollen“ (Thies 2010b). Auf der Grundlage des symbolischen Interaktionismus von George Herbert Mead verweist Harnisch (2011b, c) auf die besondere Bedeutung sog. „signifikanter Anderer“ bei der Konstitution der alter-Rolle. Signifikante Andere bezeichnen die Primär-Sozialisatoren eines Rollenträgers, beispielsweise die Eltern für ihre Kinder oder die Mitglieder der unmittelbaren „peer group“ für Jugendliche. Nach Mead ist ein Individuum erst nach der Übernahme einer begrenzten Anzahl von Rollen gegenüber wenigen „signifikanten Anderen“ in der Lage, im Dialog mit einer größeren Gruppe, dem sog. „generalisierten Anderen“, eine eigenständigere Identität zu entwickeln (Mead 1934, S. 154). Folgt man dieser rollentheoretischen Sozialisationslogik, so lassen sich aus der Anzahl und Auswahl der signifikanten oder generalisierten

Anderen Aussagen darüber treffen, wie eigenständig das jeweilige Rollenverhalten formuliert wird bzw. werden kann.

In neueren Analysen zur deutschen Außenpolitik ist die Veränderung der Rollenstruktur und die Bedeutung bestimmter signifikanter Anderer immer wieder, aber weitgehend implizit thematisiert worden. So haben Baumann (2006) und Roos (2010) in semantischen Untersuchungen jeweils den Selbstbezug der Rechtfertigungsgründe für deutsches Verhalten im multilateralen und europapolitischen Kontext untersucht. Sie kommen dabei u. a. zu dem Ergebnis, dass der historische Rückbezug (auf die deutsche Rolle als Täter im Zweiten Weltkrieg) an Wirksamkeit verliert und stattdessen der positionale Bezug in einer Gruppe (z. B. einer internationalen Organisation wie der EU) an Bedeutung gewinnt (Baumann 2006, S. 167; Roos 2010, S. 173). Ob und inwiefern dieser Trend zur Selbstbezogenheit auch auf das Rollenverhalten signifikanter oder generalisierter Anderer zurückgeht, bleibt aber in diesen Analysen offen (vgl. Roos 2010, S. 308).

Aus diesem Befund ergeben sich für die Analyse der deutschen Afghanistanpolitik konkret zweierlei Fragen: Zum einen rückt das relative Gewicht von internen und externen Erwartungen für die Legitimation des deutschen Interventionsverhaltens in den Analysefokus, indem die Begründungen für das deutsche Engagement inhaltlich näher bestimmt werden; zum anderen wird die Bedeutung unterschiedlicher „signifikanter und generalisierter Anderer“ für die Zusammensetzung der alter-Erwartungen herausgearbeitet, um die soziale Ausrichtung der deutschen Rolle zu untersuchen (vgl. auch Distler 2010).

2.2 State-Building-Dilemmata einer Zivilmacht

Eine Ausdifferenzierung der alter-Erwartungen für die Rolle von demokratischen Interventionsstaaten erscheint auch aus einem weiteren Grund geboten. Neuere Untersuchungen zur externen Konsolidierung von fragiler Staatlichkeit machen deutlich, dass externe Konsolidierungsmaßnahmen folgenreiche Dilemmata mit sich bringen (Paris und Sisk 2008b; Barnett und Zürcher 2008; Zürcher 2010a, b). Diese Studien gehen davon aus, dass intervenierende, nationale und lokale Eliten sich in einer strategischen Interaktionssituation befinden, in der das Ergebnis des eigenen Handelns und die Wahl der Strategien und Instrumente des eigenen Handelns vom Handeln des Anderen bzw. dessen Antizipation abhängig sind (Barnett und Zürcher 2008, S. 24).

Im Zentrum der State-Building-Dilemmata steht das Paradox, dass externe Interventionen darauf abzielen, die Selbstbestimmung der Bevölkerung zu stärken, während diese Selbstbestimmung gleichzeitig, u. a. durch die Anwendung von Waffengewalt, eingeschränkt bzw. untergraben wird (Paris und Sisk 2008b, S. 305). Kurz: Je größer also der materielle „Fußabdruck“ der Intervention, desto geringer der Grad der (demokratischen) Selbstbestimmung („Footprint“-Dilemma).

Liberale Interventionsstaaten sind daher regelmäßig auf die Substitution ihrer Legitimität durch lokale Eliten angewiesen. Die Auswahl dieser Eliten wird aber häufig, u. a. durch die Zuteilung externer Ressourcen, der Selbstbestimmung der Zielgesellschaft entzogen („Local Ownership“-Dilemma). Je stärker sich also Interventionsstaaten in die Auswahl „verlässlicher Eliten“ in den Zielgesellschaften einmischen, desto eingeschränkter ist die autonome (demokratische) Entscheidung der Zielgesellschaft.

Das Ownership-Dilemma wird ergänzt durch das sog. Abhängigkeitsdilemma. Danach gibt es eine inhärente Spannung zwischen der kurzfristigen, geber-getriebenen Vergabe von Hilfe und den langfristigen Bedürfnissen der Zielgesellschaft. Je kosten- und risikoverser sich also die Interventionsstaaten verhalten, desto größer ist die Distanz zu den langfristigen Entwicklungsperspektiven der Zielgesellschaften.⁶

Aus rollentheoretischer Sicht zielen demokratische Interventionen zur Konsolidierung fragiler Staatlichkeit auf einen Rollentausch: Die externen Interventionskräfte sollen ihre „beschützende und aufbauende Rolle“ zugunsten lokaler Regierungs- und Sicherheitskräfte aufgeben (Distler 2010). Idealiter sollten die lokalen Kräfte dann, im Gegensatz zu den zunächst nur durch internationale Mandate legitimierten externen Kräften, über eine größere und direkte gesellschaftliche wie demokratische Legitimation verfügen.

Kommt es in der Interaktion zwischen Interventionsmacht und der Elite/Bevölkerung der Zielgesellschaft zu einem friedlichen Rollentausch, indem das Konsolidierungskonzept der Interventionsmacht Akzeptanz aller Bevölkerungsgruppen findet, dann kann von einer „kooperativen Konsolidierung“ gesprochen werden (Barnett und Zürcher 2008, S. 24). Verlangen einzelne lokale Akteure aber eine Änderung des Konsolidierungsprogramms und erzwingen diese Akteure dessen gesamte Anpassung oder einzelner Durchsetzungsmaßnahmen, dann sind drei Formen der Konsolidierung möglich: Erstens, eine „konfrontative Konsolidierung“, in der die Interventionsmacht die Modifikation nicht akzeptiert und gegen lokalen Widerstand auf deren Umsetzung besteht. Zweitens, eine „gekäperte Konsolidierung“, in der die Interventionsmacht die Änderung akzeptiert, oder, drittens, eine „kooptierte Konsolidierung“, bei der beide Seiten sich auf einen Kompromiss zwischen den jeweiligen Forderungen einlassen (Barnett und Zürcher 2008, S. 25).

In Afghanistan fand die Intervention in einem Raum fragiler und umstrittener Staatlichkeit mit einer heterogenen Sozial- und Elitenstruktur statt (Rubin 2002). Aus Sicht der Interventionsstaaten versprach deshalb nur eine massive Veränderung der bisherigen Ordnung Erfolg. In der von liberalen Staaten angeführten Intervention rückten daher die Etablierung von „good governance“, Rechtstaatlichkeit, Sicherheitssektorreform, marktwirtschaftlicher Entwicklung, Frauenförderung, etc. in den Vordergrund. Diese weitgesteckten Ziele hätten von möglichst vielen lokalen Eliten akzeptiert werden müssen, obgleich deren Durchsetzung die etablierte gesellschaftliche Position dieser Eliten stark gefährdet hätte (Glassner und Schetter 2007, S. 66).

Am Ende der ersten Interventionsdekade zeigt sich, dass es nach wie vor eine große Bandbreite von Gewaltakteuren gibt, die diese neue Ordnung ablehnen und wirksam zu bekämpfen wissen (Guistozzi 2009b). Die anfängliche Unterscheidung zwischen den Interventionsarmeen durch afghanische Aufstandsgruppen ist einer breiten und allgemeinen Ablehnung und der Ausweitung des Einsatzgebiets der Taliban auf den Norden gewichen (Guistozzi und Reuter 2011). Die nachhaltige Etablierung von „Good gover-

⁶ Paris und Sisk (2008b, S. 308) identifizieren für multilaterale Interventionen auch noch ein „Kohärenzdilemma“, welches sich aus der (notwendigen) Vielzahl der Akteure und deren widerstrebenden Handlungslogiken ergibt. Dieses spielt offensichtlich auch in Afghanistan eine wichtige Rolle, wenn es um die Effizienz und Effektivität der multilateralen Konsolidierungsbestrebungen geht. Für die rollentheoretische Analyse ist es gleichwohl von untergeordneter Bedeutung.

“-Strukturen, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit nimmt daher gegenüber der Stabilisierung der Sicherheitslage in den Politikprogrammen der meisten Interventionsstaaten nur eine untergeordnete Rolle ein, so dass von einer gekaperten und in Teilen konfrontativen Konsolidierung gesprochen werden kann (Larson 2011).

2.3 Arbeitshypothesen

Für die Ausprägung und Stabilität der deutschen Rolle als demokratische Interventionsmacht in Afghanistan bedeutet dieser Befund Folgendes: 1) Aus der eigenen historischen Erfahrung mit der „amerikanischen Demokratisierung von außen“ lässt sich schließen, dass ein starker „footprint“ nur in solchen Gesellschaften als legitim angesehen wird, die eine gemeinsame Schulderfahrung und „starke Identifikation mit der intervenierenden Gesellschaft“ haben. 2) Die Identifizierung diverser afghanischer Akteure als „signifikante Andere“ der deutschen Interventionsrolle bringt unterschiedliche State-Building-Dilemmata hervor. Wenn die Bundesrepublik die Rolle eines „Befreiers“ in Afghanistan übernimmt, dann schreibt sie damit gleichzeitig der afghanischen Bevölkerung die komplementäre Rolle der „Befreiten“ zu. Diese Rollenzuweisung wird aber von jenen Bevölkerungsgruppen abgelehnt, die von der Befreiung Nachteile befürchten müssen.⁷ 3) Eine erfolgreiche Intervention hängt demnach auch davon ab, ob die Zielgesellschaft geschlossen den Intervenierenden eine „positive Rolle“ zuweist oder ob sehr stark differierende Rollen (Besatzer vs. Befreier) zugewiesen werden.

Nach der Diskussion der State-Building-Literatur ist zu erwarten, dass ein starker materieller und ideeller Fußabdruck der Interventionsmacht das Local Ownership-Dilemma vergrößert. Für die Rollenstruktur und die Identifikation des „signifikanten Anderen“ in der deutschen Rolle als Interventionsstaat lassen sich daher folgende Arbeitshypothesen aufstellen:

1. Wenn sich die deutsche Rolle auf den Anti-Terrorkampf (und damit den Eigenschutz) und gegen Al-Qaida als negativen signifikanten Anderen beschränkt,⁸ dann ist das Risiko eines Footprint- oder Local Ownership-Dilemmas gering.

Ein solcher „Security-First“-Interventionsansatz beinhaltet gleichzeitig aber auch das Risiko, dass bestehende autoritäre militärische Strukturen gestärkt werden, die dann eine weitergehende Liberalisierung (Wahlen), Institutionalisierung (Rechtstaat) und Partizipation (Zivilgesellschaft) zu verhindern wissen (Schneckener 2010, S. 71).

7 Rollentheoretisch gesprochen wird durch den Prozess des „altercastings“ der jeweilige Gegenüber durch eine willentliche Aneignung einer Rolle dazu gedrängt, eine Komplementärrolle einzunehmen (Malici 2006).

8 Es lässt sich zwar argumentieren, dass die bestehenden Verbindungen zwischen den Taliban und Al-Qaida dafür sorgen könnten, dass zumindest Teile der Taliban die Allianz aufrechterhalten. Aus einer fortgesetzten Verbindung mit Al-Qaida ergibt sich für die Taliban als afghanischer Widerstandsgruppe jedoch auch ein klassisches Allianzdilemma: Die globalen Ziele Al-Qaidas als islamistischer Widerstandsgruppe sind nur bedingt mit den eigenen nationalen/regionalen Zielen vereinbar, so dass sich ein „Entrapment“-Dilemma ergibt.

2. Wenn sich die deutsche Rolle expansiv auf die Etablierung eines stabilen Staates mit Gewaltmonopol, Souveränität, Rechtsstaatlichkeit und Steuerhoheit westlicher Prägung erstreckt, dann ist das Risiko eines Footprint-und Local Ownership-Dilemmas hoch.

Im Vergleich zum Anti-Terrorkampf ist das Dilemma-Risiko eines umfassenden „Alter-casting“-Prozesses höher, denn nicht nur die Anzahl der „Interventionsbetroffenen“ ist höher, sondern auch die Interventionstiefe, d. h. die Veränderung der lokalen gesellschaftlichen Rollenstrukturen, ist sehr viel größer. Ein umfassender Wandel lokaler Rollenstrukturen setzt vieles voraus: zum einen, dass es lokale Akteure gibt, die willens und in der Lage sind, die jeweiligen Sicherungs- oder Regierungsfunktionen zu übernehmen. Zum anderen, dass diese Kräfte ausreichend Legitimität und Vertrauen bei den „unterlegenen Eliten“ und der Gesamtbevölkerung genießen. Sind die „starken lokalen Eliten“ aber unkooperativ („spoiler“), dann können diese oft nur eingebunden werden, und so zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung „direkt oder indirekt“ an Ressourcenflüssen beteiligt werden (Wilder 2007; Koehler 2010, S. 254).

3 Bisherige Erklärungen der deutschen Afghanistanpolitik

In der Literatur wird das Interventionsverhalten der Bundesrepublik in Afghanistan bislang primär durch zwei Faktoren erklärt: a) den Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere der NATO-Partner nach bündnispolitischer Solidarität und verstärkter militärischer Beteiligung (Hommelhoff 2007; Kaim 2008, 2010; Merz 2007; Nachtwei 2011) und b) den gesellschaftlichen Präferenzen für einen zurückhaltenden Einsatz militärischer Gewalt als Ausdruck einer historisch gewachsenen „Kultur der Zurückhaltung“ (Eichhorst et al. 2008; Lombardi 2008; Löfflmann 2008; Meiers 2010, §. 213; von Krause 2011).

In der bislang umfassendsten Analyse der militärischen Komponenten des deutschen Afghanistan Einsatzes kommt Ulf von Krause (2011) zu dem Ergebnis, dass die Ausweitung der Truppenanzahl und des Mandates auf drei Faktoren zurückgeführt werden könne: a) die Diskrepanz zwischen ausgreifenden politischen Zwecken und beschränkten militärischen Zielsetzungen und b) einer daraus resultierenden Dominanz militärischer Elemente mit entsprechenden Nachforderungen für mehr Einsatzkräfte und Mittel sowie c) den multilateralen Erwartungen der Verbündeten (von Krause 2011, S. 303–305).

Von Krause macht eine „Kultur des Zivilmachtsdenkens“ in der bundesdeutschen Gesellschaft dafür verantwortlich, dass militärische Einsätze nur dann als legitim angesehen würden, wenn sie vorrangig den Zielen des „Verteidigens“, „Schützens“ und „Helfens“ dienten. Hinzu komme, dass die jeweiligen politischen Entscheidungsträger diese Kultur während des Einsatzes als unveränderbar angesehen hätten und daher bei Legitimation und Ausgestaltung des Einsatzes „sehr stark Rücksicht“ auf diese gesellschaftliche Grundstimmung genommen hätten (von Krause 2011, S. 308–309).

Aus der Perspektive der Rollentheorie und State-Building-Forschung ergibt sich aus dieser Erklärung die Frage, inwiefern das deutsche Rollenverhalten nicht nur vom Verhalten der übrigen Interventionsstaaten und der eigenen Bevölkerung, sondern auch von

demjenigen der lokalen afghanischen Akteure beeinflusst wurde. Danach ginge der deutsche Verhaltenswandel in Afghanistan – von Krause (2011) identifiziert als *Entzweit* – schritte für die Ausweitung des Bundeswehrmandates – nicht primär auf die Erwartungen der Gesellschaft und Verbündeten zurück. Vielmehr wird der Verhaltenswandel als ein wachsender Inter-Rollenkonflikt zwischen der deutschen Interventionsstreitmacht (mit hohem immateriellen und geringem materiellen „footprint“), einer wachsenden Zahl unkooperativer lokaler afghanischer Akteure und einer wachsenden Skepsis über eine deutsche „Befreierrolle“ in der deutschen Gesellschaft interpretiert.

4 Die Afghanistanpolitik der Bundesrepublik: Eine Zivilmacht auf schiefer Ebene

In Zahlen gemessen hat sich das deutsche Engagement für den Aufbau staatlicher Strukturen in Afghanistan in der vergangenen Dekade massiv gewandelt. Zu Beginn der Intervention stellten 100 Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) im Rahmen des Anti-Terrormandates OEF den deutschen Beitrag dar, der nur unter dem Eindruck der Vertrauensfrage vom 16. November 2001 die notwendige Mehrheit der Regierungsräte fand.⁹ Zehn Jahre später befinden sich ca. 5000 von mandatierten 5350 deutschen Soldatinnen und Soldaten im Einsatz der ISAF und die Bundesrepublik figuriert als vierthöchster bilateraler Entwicklungshilfeszahler nach den USA (42 %), der EU und Großbritannien mit einem Anteil von 5,2 %.¹⁰

Im gleichen Zeitraum ist die Unterstützung des Einsatzes in der Legislative deutlich gesunken. Ein Blick auf die parlamentarische Zustimmung für die OEF- (bis zu deren Ende 2008) und ISAF-Mandatierung (vgl. Abb. 1) und die gesellschaftliche Unterstützung für den Verbleib der deutschen Truppen in Afghanistan zeigt einen erheblichen Rückgang.¹¹

Zudem haben mehrere parlamentarische Untersuchungsverfahren die Entwicklung begleitet. Die Bombardierung eines Tanklastzuges in der Nähe von Kunduz im Sommer 2009 führte zur Entlassung des Generalinspekteurs und eines Staatssekretärs im Vertridigungsministerium. Nach der Einleitung des niederländischen Rückzugs am 1. August 2010 und entsprechenden Ankündigungen von US-Präsident Barack Obama im Juni 2011 hat zudem die Abzugsdebatte auch in der Bundesrepublik an Fahrt gewonnen, wenn gleich sich die Sicherheitslage nicht deutlich verbessert hat.¹²

Im Folgenden wird zunächst gefragt, inwiefern sich das deutsche zivile und militärische Engagement seit 2001 gewandelt hat. Sodann werden die daraus resultierenden State-Building-Dilemmata analysiert. Für die erste Frage sind die abhängigen Variablen die quantitative und qualitative Ausprägung des deutschen Engagements. Da die Untersuchung im zweiten Schritt auf die Identifikation der Wechselwirkung zwischen Rollenverhalten und State-Building-Dilemmata abzielt, ergeben sich für das militärische und zivile

9 Siehe den Beitrag von Klaus Brümmer und Stefan Fröhlich in diesem Band

10 Siehe Tab. 1 weiter unten.

11 Siehe die Beiträge von Franz-Josef Meiers sowie von Daniel Jacobi, Gunther Hellmann und Sebastian Nieke in diesem Band.

12 Siehe den Beitrag von Lothar Röhl in diesem Band.

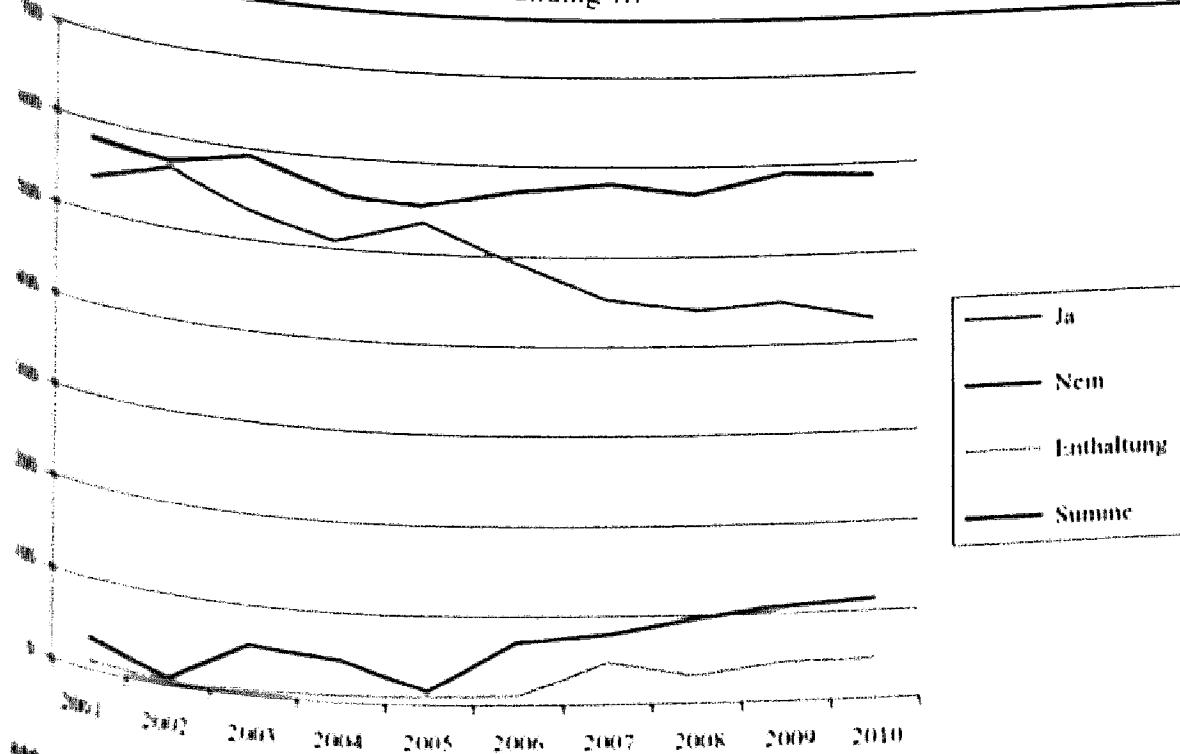


Abb. 1: Abstimmungsergebnisse für die ISAF-Mandaterierung im Bundestag. (Quelle: Eigene Darstellung)

Engagement vier graduell abgestufte Ausprägungen: eine „kooperative Konsolidierung“, eine „akquisierte Konsolidierung“, eine „gekäperte Konsolidierung“ oder eine „konfrontative Konsolidierung“.

4.1 Rollenverhalten: Militärisches und ziviles Engagement

Die Analyse der quantitativen und qualitativen Entwicklung des deutschen militärischen Engagements zeigt eine klare – relativ zu den US-Maßnahmen aber deutlich geringere – Expansion der deutschen Rolle. In dem Mandatsantrag vom November 2001 für das im Soldaten umfassende KSK-Kontingent im Rahmen der OEF hielt es, dass „diese Operation zum Ziel [habe], Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen abzuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten“ (Deutscher Bundestag 2001a). In der Folge blieb der quantitative deutsche OEF-Beteiligung in Afghanistan weitgehend stabil. Qualitativ wurde das Mandat aber hinsichtlich des Einsatzraumes eingeschränkt. So wurde auf Drängen der Regierungsfraktionen eine Distanzierung im Irak ausgeschlossen und seit 2004 eine Kombination mit weitengehenden politischen, wirtschaftlichen und Entwicklungspolitischen Maßnahmen angenommen (Deutscher Bundestag 2004).

Deutlicher zeigt sich die Expansionsdynamik in Umfang und Ausrichtung des deutschen ISAF-Kontingents (vgl. Abb. 2). Im Ursprungsantrag der rot-grünen Bundesregierung heißt es zu den Zielen der ISAF-Mission, die „vorläufigen Staatsorgane Afghanistans bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und seiner Umgebung so zu unterstützen, dass sowohl die vorläufige afghanische Regierung als auch das Personal der Ver-

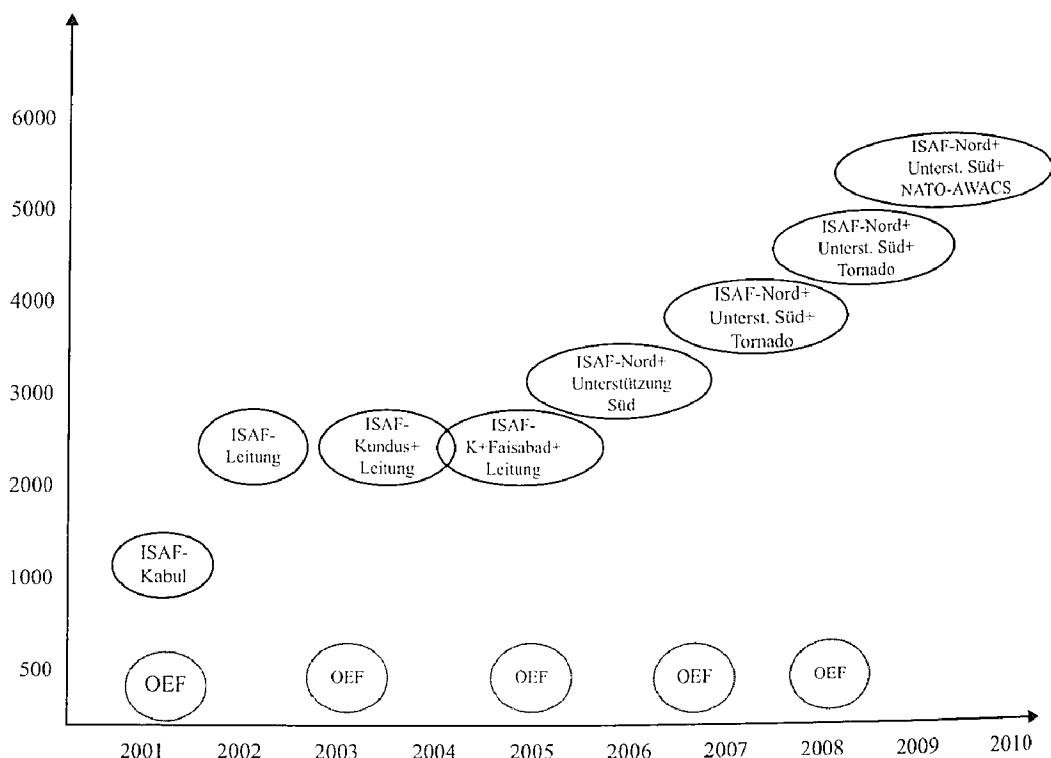


Abb. 2: Ausweitung der OEF- und ISAF-Mandatierung, 2001–2010. (Quelle: Eigene Darstellung)

einten Nationen in einem sicheren Umfeld arbeiten können.“ Zu diesem Zweck wurden die Soldaten autorisiert, „alle erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt [zu ergreifen], um den Auftrag gemäß Resolution 1386 (2001) durchzusetzen. Den im Rahmen dieser Operation eingesetzten Kräften wird auch die Befugnis zur Wahrnehmung des Rechts auf bewaffnete Nothilfe zugunsten Jedermann erteilt“ (Deutscher Bundestag 2001b).

Im ersten Afghanistankonzept der Bundesregierung (Bundesregierung 2003) wurden diese politischen Ziele der ISAF-Mission erheblich ausgeweitet und detailliert. Aus einem deutschen Beitrag zum nationalen Versöhnungsprozess, wie er auf dem Petersberg im Dezember 2001 verabredet worden war, wurde nun ein umfassender Auftrag: Afghanistan solle „wieder zu einem funktionierenden Staat werden, der für Sicherheit, wirtschaftliches Wachstum und das Wohl seiner Bürger sorgen kann“ (Bundesregierung 2003, S. 1). In der vierten Mandatierung durch den Bundestag (vom 24. Oktober 2003) kam es daher zu einer Ausweitung des militärischen Auftrages. Dieser umfasste nun auch den Schutz für internationales, dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgehendes Zivilpersonal, die Unterstützung der Sicherheitssektorreform sowie der Demilitarisierung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattanten, Beiträge zur zivil-militärischen Zusammenarbeit und Mitwirkung bei der Wahlsicherung (Deutscher Bundestag 2003). Entscheidend im Sinne der Rollenzuweisung an die Bundeswehr ist jedoch, dass erst das Mandat aus dem Jahr 2010 explizit den Schutz der afghanischen



Bevölkerung als besondere Aufgabe des deutschen ISAF-Einsatzes festschreibt (Deutscher Bundestag 2010a).

Neben der quantitativen Erweiterung des deutschen ISAF-Kontingents (vgl. Abb. 2) kam es seit 2003 zu einer stetigen qualitativen Aufgabenausweitung: So übernahm der Stab des 1. Deutsch-Niederländischen Korps in Münster 2003 die Leitungsfunktion für das ISAF-Gesamtkontingent; ab Ende 2003 bildeten deutsche ISAF-Soldaten das *Provincial Reconstruction Team* (PRT) Kunduz mit dem Verantwortungsbereich Kunduz, Takhar und Badashkan; ab Mitte 2006 übten sie die Führungsfunktion für die ISAF-Region Nord aus (neun Provinzen); 2007 wurden sechs Aufklärungs-Tornados entsandt und 2008 folgte die Übernahme der *Quick Reaction Force* (QRF) für die Region Nord.

Unter dem Mandat der ISAF engagierte sich die Bundeswehr zudem im Bereich des zivilen Wiederaufbaus: einerseits durch eine wachsende Anzahl von „Civil-Military“-Programmen (CIMIC) (Paul 2008)¹³; andererseits durch die Übernahme von zwei PRTs in Kunduz und Feyzabad, die durch ihre zivil-militärische Zusammensetzung den gesonderten militärischen Schutz ziviler Projekte gewährleisten sollen. Daneben stellt die Bundeswehr für den Aufbau der *Afghan National Army* (ANA) vier Ausbildungsteams (*Operational Mentoring and Liaison Teams*) in Mazar-e Sharif und Kunduz zur Verfügung.

Diese Erweiterungen des militärischen Engagements sollten aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die internationale Interventionsgemeinschaft zunächst einen „light footprint“-Ansatz verfolgte. Im Dezember 2002 stellte die Bundeswehr mit 1050 Soldaten das größte Kontingent des insgesamt nur 5000 Soldaten starken ISAF-Verbandes, der sich auf die Hauptstadt Kabul beschränkte. Auch im Februar 2011 bleibt das ISAF-Mandat mit ca. 132.000 Soldaten aus 48 Nationen im Vergleich zu anderen Stabilisierungsmissionen sehr beschränkt. Wenn man die Truppendichte in Beziehung zur Bevölkerungszahl setzt und wie das US-Militär davon ausgeht, dass bei Stabilisierungseinsätzen von einer Mindestdichte von 20 Soldaten auf 1000 Einwohner auszugehen ist, dann kann diese Relation im Dezember 2002 (0,5 Soldaten) und im Dezember 2010 (etwa fünf Soldaten pro 1000 Einwohner) nur als gering bezeichnet werden (Goode 2009, S. 45).¹⁴

Die Erweiterung des militärischen Engagements fällt auch dann bescheidener aus, wenn sie ins Verhältnis zu den Erwartungen der Verbündeten gesetzt wird. Denn trotz erheblichen Drucks einzelner Verbündeter, insbesondere der USA, widersetzten sich alle deutschen Regierungen einer starken Expansion. So kam es seit 2004 weder zu einer generellen Ausweitung des Bundeswehr-ISAF-Einsatzgebietes auf alle Regionen, insbesondere den Süden, noch zu einer Nutzung von ISAF-Aufklärungsdaten für die Einsätze der unter OEF-Mandat fungierenden amerikanischen und britischen Kampfverbände; auch wurden einzelnen deutschen Kontingenten, insbesondere nach Anschlägen, immer wieder verschärfte Sicherungsmaßnahmen auferlegt; schließlich lehnte die Bundesregierung sogar auch eine niederländische Anfrage nach Unterstützung des Polizeiaufbauprogramms in Uruzgan ab (Hale 2009; Nachtwei 2011, S. 3).

¹³ Siehe den Beitrag von Hans-Georg Ehrhart in diesem Band.

¹⁴ Diese Zahl umfasst alle sog. „friendly troops“, also auch einsatzfähige lokale Streitkräfte. Sie

muss zusätzlich in Beziehung gesetzt werden zu der Zahl der Aufständischen pro 1000 Einwohner.

Abbildung 2 bildet sehr deutlich die Spaltung des deutschen militärischen Beitrags in zwei ungleiche Mandate ab: zum einen das stagnierende OEF-Anti-Terror-Mandat mit hohem Selbstschutz-Charakter auf der Grundlage des NATO-Bündnisfalles nach Art. 5 des NATO-Vertrages; zum anderen die expandierende ISAF-Mission mit rasch aufwachsender politischer Zielsetzung und geographisch-funktionaler Erweiterung. Der militärische „footprint“ der Bundesrepublik (wie auch der anderen Interventionsstaaten) ist also in der Anfangsphase schwach ausgeprägt und wächst nach der Eskalation der Gewalt in den Jahren nach 2005 stärker, wenn auch in Relation zu den US-Streitkräften nur mäßig an.

4.2 Ziviles Engagement

Im Vergleich zum militärischen Fußabdruck und den umfassenden programmatischen Aussagen nimmt sich der zivile deutsche Einsatz bescheiden aus. Im 2004 verabschiedeten Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ hieß es zu den Zielen, dass die Bundesregierung den Prozess einer dauerhaften Stabilisierung Afghanistans „im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs“ vorantreiben werde, „dessen Schwerpunkt und Kern ziviler Natur ist, das zur Schaffung des erforderlichen Klimas der Sicherheit aber auch militärische Komponenten enthält“ (Bundesregierung 2004, S. 34).

Zu Beginn der Intervention kam die rot-grüne Bundesregierung diesem hohen Anspruch insofern durchaus nahe, als sie auf Bitten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) vom 27. November bis zum 5. Dezember 2001 die sog. Petersberg-Konferenz unter der Leitung des VN-Sondergesandten Lakhdar Brahimi ausrichtete. Das Abschlussdokument dieser Konferenz bereitete den Weg für den anvisierten Versöhnungsprozess und die Verabschiedung einer vorläufigen Verfassung im Jahr 2002. Mit der Gastgeberschaft ging die rot-grüne Bundesregierung gleichzeitig auch eine Selbstverpflichtung ein, die Durchsetzung der Petersberg-Beschlüsse tatkräftig voranzutreiben. Angesichts der wenige Wochen zurückliegenden Vertrauensfrage über das OEF-Mandat nutzte die Exekutive ganz offensichtlich diese diplomatische Initiative, um die entsprechende Mandatierung durch die eigene Regierungsfraktion sicherzustellen (Blome 2001).¹⁵

Setzt man die militärischen und zivilen Aufwendungen ins Verhältnis, so fällt allerdings auf, dass die militärischen Ausgaben eindeutig dominieren und sich das avisierte Verhältnis von 2/3 ziviler und 1/3 militärischer Aufwendungen in das Gegenteil verkehrt hat (vgl. Tab. 1).

Dieses quantitative Ungleichgewicht verbessert sich auch dann nicht, wenn man die deutschen Zahlungen innerhalb der EU und NATO miteinbezieht. Vielmehr bleibt das Verhältnis stabil bei 75 % zu 25 % (vgl. auch Brück et al. 2010, S. 5–6). Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich für die Personalausstattung der jeweiligen Maßnahmen: Den mandatierten 5350 Soldaten stehen max. 300–400 entsandte Diplomaten, Polizisten, Rechtsbe-

15 Vorwiegend kritisch bewertet Koenigs (2010) hingegen die deutsche Initiative für die Londoner Konferenz im Januar 2010, die lediglich die Änderung in der US-amerikanischen Aufstandsbekämpfungsstrategie hin zu einem bevölkerungszentrierten Ansatz nachvollzogen habe.



Tab. 1: Verhältnis der militärischen und zivilen Aufwendungen der Bundesrepublik in Afghanistan. (Quelle: von Krause 2011, S. 163)

Summen/Zeitraum	Militärisch (Mrd. €)	Zivil (Mrd. €)	Verhältnis (%)
2002–2007	1,9	0,55	78:22
2002–2010 nationale Ausgaben (Schätzwerte ab 2009)	4,0	1,1	78:22
2002–2010 nat. Ausgaben zzgl. nationaler Anteil an EU-/NATO-Ausgaben (Schätzwerte ab 2009)	4,4	1,4	76:24
2002–2010 (unter Berücksichtigung der Absichtserklärungen von London, Februar 2010)	4,6	1,5	75:25
Nur 2010 (unter Berücksichtigung der Absichtserklärungen von London, Februar 2010)	1,0	0,43	70:30

rater und Entwicklungshelfer zahlreicher para-staatlicher Organisationen gegenüber (von Krause 2011, S. 160).

Die (personellen) Defizite des zivilen deutschen Engagements sind besonders augenscheinlich in der 2002 übernommenen Mission zum Aufbau einer afghanischen Polizei. Nach fünf Jahren Tätigkeit mit durchschnittlich 40 entsandten Beamten und etwa der gleichen Zahl von Kurzzeitexperten pro Jahr übergab das deutsche Team die Aufgabe an die EU-Mission EUPOL.¹⁶ Aber auch diese leidet an chronischer Unterbesetzung, so dass weder der rasche Aufbau eigener afghanischer Polizeikräfte bewerkstelligt noch der Schwund unter den bereits ausgebildeten Polizisten (etwa 25 %) ausgeglichen werden kann (Kempin und Steinicke 2009; Nachtwei 2009, S. 9).

Im internationalen Vergleich steht die Bundesrepublik trotz der mangelnden zivilen Sollstärken und vieler Abstimmungsprobleme vergleichsweise gut da (Glassner und Schetter 2007, S. 72). Sie rangiert seit 2002 regelmäßig auf Platz 4 der internationalen Geber, hinter den USA, der EU und Großbritannien. Dabei hat sich der deutsche Anteil an dem rasch wachsenden Hilfsvolumen stabil bei etwa 5 %, exklusive der deutschen Zahlungen innerhalb der EU, gehalten. Die Befunde in Tab. 2 zeigen aber auch hier deutlich, dass die USA – neben dem massiven und seit 2009 noch wachsenden militärischen Engagement – in der zivilen Entwicklung Afghanistans die maßgebliche Führungsrolle spielen.

4.3 State-Building-Dilemmata der Interventionskoalition in Afghanistan

Im zweiten Untersuchungsschritt wird die Interaktion zwischen den Interventionskräften und den afghanischen Akteuren untersucht. Im Zuge der Petersberger Vereinbarung schritt die institutionelle Konsolidierung zunächst rasch voran: Im Juni 2002 setzte eine aus 1550 Delegierten zusammengesetzte „Große Ratsversammlung“ (Loya Jirga) eine Ver-

¹⁶ Friesendorf (2011, S. 84–85) geht sogar soweit, dass er das deutsche Ausbildungskonzept, welches sich auf Führungskräfte fokussierte, ursächlich dafür verantwortlich macht, dass die fehlende Zahl an einfachen Beamten lokalen Akteuren genügend Raum zur Erpressung der Bevölkerung gegeben habe.



Tab. 2: *Official Development Assistance*-Leistungen in Afghanistan, 2001–2009 (in Mio. US-Dollar). (Quelle: OECD Development Assistance Committee (DAC))

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Gesamt
Gesamtausgaben der von der OECD erfassten Geberländer	404,64	1300,49	1590,7	2303,1	2817,9	2955,8	3964,6	4865,1	6070	26272,3
USA	7,7 (1,9 %)	367,61 (28,27 %)	485,79 (30,53 %)	778,29 (33,8 %)	1318,3 (46,8 %)	1403,7 (47,5 %)	1514,3 (38,2 %)	2111,6 (43,4 %)	2549 (42 %)	10536,3 (40,1 %)
BRD	44,14 (10,9 %)	92,57 (7,11 %)	82,1 (5,1 %)	75,13 (3,3 %)	99,23 (3,5 %)	117,99 (3,9 %)	217,15 (5,4 %)	294,02 (6,0 %)	316 (5,2 %)	1338,33 (5,1 %)
EU – DAC Members	246,39 (60,9 %)	461,83 (35,51 %)	412,8 (25,9 %)	576,37 (25,0 %)	584,95 (20,8 %)	641,44 (21,7 %)	863,95 (21,8 %)	1132,2 (23,3 %)	1279,8 (21,1 %)	6199,77 (23,6 %)

fassungskommission ein, deren Vorschlag von der „konstitutionellen Ratsversammlung“ vom 13. Dezember 2003 bis zum 4. Januar 2004 diskutiert und verabschiedet wurde. Aufgrund der angespannten Sicherheitslage mussten zwar die ersten Präsidentschafts- und nationalen Parlamentswahlen getrennt durchgeführt werden. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 80 % setzte sich Hamid Karzai mit 55,4 % in den ersten freien Wahlen gegen 17 Konkurrenten durch. Gleichzeitig etablierte sich aber in den Parlaments- und Provinzratswahlen vom 18. September 2005 eine vokale Koalition aus nicht-paschtunischen Volksgruppen, die durch die Gesetzgebungskompetenz und die parlamentarische Bestellung des Exekutivpersonals immer wieder in Opposition zur Karzai-Regierung ging.

Die frühe Etablierung formaldemokratischer Prozedere und Institutionen wurde in der westlichen Interventionsgemeinschaft und in weiten Teilen der afghanischen Gesellschaft und politischen Elite begrüßt, da es den beiderseitigen Forderungen nach demokratischer Selbstbestimmung Rechnung trug (Bundesregierung 2006, S. 2). Die Legitimität des deutschen (und internationalen) Engagements in Afghanistan selbst kann zu diesem Zeitpunkt als hoch eingeschätzt werden und so können auch die zahlreichen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Interventionsmächten und den afghanischen Eliten als verbindlich angesehen werden. Darauf deuten die breite Beteiligung der maßgeblichen politischen Akteure am verfassungsgebenden Prozess und die hohe Beteiligung bei den Präsidentschafts-, Parlaments-, und Provinzratswahlen 2004 und 2005 ebenso wie die weitgehend positive Einschätzung der Interventionsstreitkräfte in Bevölkerungsumfragen hin (Asia Foundation 2004, S. 6–7).

Dieses positive Bild ist aber insofern irreführend, als lediglich Teile der afghanischen Eliten, darunter auch der spätere Präsident Karzai, das westliche Konsolidierungsprogramm zunächst akzeptierten. Auf Drängen der US-Regierung und des VN-Sondergesandten Brahimi schloss Karzai im Dezember 2003 aber auch eine Übereinkunft mit den radikal-islamischen Führern der sog. Jihadi-Parteien in der großen Verfassungsversammlung, um sich deren Unterstützung für das zentralisierte Präsidialsystem zu sichern. Im Gegenzug akzeptierte er die Integration zahlreicher Scharia-Elemente in die neue Verfassung, die fortan gegen die westlich-säkularen Verfassungsnormen ins Feld geführt wurden. Von einem stabilen „Friedenskonsolidierungskonsens“ zwischen Interventionsstaaten und lokalen Eliten konnte also auch schon in dieser Phase nicht die Rede sein (Guistozzi 2004, S. 8; Maaß 2008, S. 16).

In der zweiten Phase, beginnend mit dem Einzug vieler ehemaliger Milizführer in das neugewählte Parlament (September 2005), verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Interventionskräften und den afghanischen lokalen Eliten dann zusehends. Zum einen sabotierten die ehemaligen Milizanführer und Drogenunternehmer zunehmend den Aufbau einer formellen Wirtschaft und rechtsstaatlicher Strukturen, um ungehindert ihren privaten Geschäftsinteressen nachgehen zu können (Byrd 2007, S. VIII; Guistozzi 2009a). Zum anderen schlossen sich diese Akteure mit paschtunischen Stämmen und den sog. Neo-Taliban¹⁷ zu einer informellen Interessenkoalition zusammen, die im Frühjahr 2006 den asymmetrischen Kampf gegen die Koalitionskräfte massiv ausweitete, so dass die

¹⁷ Der Terminus „Neo-Taliban“ wird von einigen Forschern benutzt (Guistozzi 2009b), um die historischen Kerngruppierungen um Mullah Omar sowie von diesen rekrutierte radikalierte Madrassa-Schüler von einer neuen Generation zu unterscheiden, die sich aus angeheuerten

NATO mit der landesweiten Dislozierung der ISAF-Kräfte reagieren musste (Guistozzi 2009b). Für das Bundeswehreinsatzkontingent ergab sich hierdurch eine neue, erschwerende Gefahrenlage (Nachtwei 2011, S. 9–10).

Im Vergleich zur vorherigen Phase sank die öffentliche Unterstützung für die Karzai-Regierung merklich, gleichzeitig machte sich eine wachsende Skepsis gegenüber den Interventionstruppen breit (Asia Foundation 2007, 2008; Tagesschau 2011). Während im November 2007 noch 75 % der befragten Afghanen im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Nordosten ein positives Deutschlandbild hatten, schrumpfte diese Zahl bis Dezember 2010 auf 46 %. Parallel stieg die Zahl derer, die Anschläge auf NATO-Einheiten befürworteten, auf 39 % an (Tagesschau 2011).

Die zweite Interaktionsphase trägt damit klare Züge einer „gekaperten Konsolidierung“, in der die Interessen der Interventionsgemeinschaft nach Stabilität und der lokalen Eliten nach Erhalt der Machtposition noch erfüllt werden, aber der Konsolidierungsprozess in Teilen zum Erliegen kommt. Hinzu kommt, dass die 2006 einsetzende Aufstockung der (US-)Kampfverbände und deren Einsatz 2007 – so unterstützten deutsche ISAF-Verbände die afghanische Operation *Harekate Yolo II* (Oktober 2007) – durch die wachsende Zahl der Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung aber zu einer raschen Eskalation des State-Building-Dilemmas führten. Einen traurigen Höhepunkt erreichte der Akzeptanzverlust des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan nach dem von einem deutschen Kommandeur angeordneten Luftsieg gegen zwei entführte Tanklastzüge in der Nähe von Kunduz (4. September 2009), der 91 Todesopfer und 11 Schwerverletzte forderte, darunter etliche Zivilpersonen.

Seit 2010 ist die Interaktion zwischen der Interventionskoalition und der Karzai-Regierung in eine neue Phase eingetreten. Sie ist nun durch partielle Konfrontation geprägt (Suhrke 2011). Die Interventionsstaaten, darunter auch die Bundesrepublik, haben ihren militärischen und politischen Fußabdruck nochmals wesentlich verstärkt: Die Truppenanzahl wurden seit Mitte 2009 sukzessive erhöht und die politische Konditionalisierung der Unterstützung für die Zentralregierung (u. a. im Bereich der Korruptionsbekämpfung) deutlich verschärft. Gleichzeitig hat Präsident Karzai vor dem Hintergrund des avisierter Abzugs der Koalitionskräfte seine politische Strategie dahingehend geändert, dass er offen politische Bündnisse propagiert, die gegen westliche Konsolidierungsanforderungen gerichtet sind (Sisco 2011).¹⁸

Zusammenfassend lässt sich daher eine substantielle Verschlechterung der Interaktion zwischen Interventionskoalition und lokalen Eliten im Sinne wachsender State-Building-Dilemmata nachweisen. Die Untersuchung legt dabei zumindest für die Anfangsphase eine deutliche Differenzierung zwischen den intervenierenden Staaten und ihren (regionalen) Interaktionen und angeschlossenen State-Building-Dilemmata nahe. Die wachsenden und sich verfestigenden Widerstände gegen rechtsstaatliche Konsolidierungsmaßnahmen zeigten aber auch deutlich, dass neben dem militärischen auch der politische Fußabdruck

Kämpfern und enttäuschten lokalen Paschtunenkämpfern („anti-corruption Taleban“) zusammensetzen (vgl. Ruttig 2009, S. 14).

18 So wurde Karzai nach einer Sitzung mit afghanischen Abgeordneten im April 2010 mit den Worten zitiert, dass der Widerstand der Taliban immer legitimer werde, je stärker sich der Westen in die afghanische Politik einmische (vgl. Rosenberg und Zahori 2010).

der Interventionskoalition die afghanische Politik und die sie tragende Elitenstruktur maßgeblich veränderte.

5 Deutsche Rollen: Wachsendes Ego – wechselnde signifikante Andere?

Wir sind da schon – das will ich gerne zugeben – etwas blauäugig oder auch etwas naiv an die Sache herangegangen, weil wir davon ausgingen, dass die Afghanen die ausländischen Truppen als Hilfe ansehen und uns für den Wiederaufbau des Landes natürlich freundlich begrüßen würden. (Struck 2010)

Im dritten Untersuchungsschritt werden jene öffentlichen Argumentationsweisen analysiert, die das beschriebene deutsche Rollenverhalten in Afghanistan rechtfertigen sollten.¹⁹ Es wird geprüft, inwiefern sich die ego- und alter-Anteile der nationalen Rollenkonstruktion verändert haben und insbesondere, ob sich die Aneignung bestimmter Rollen auf bestimmte „signifikante Andere“ zurückführen lässt. Die Ergebnisse beziehen sich dabei im Wesentlichen auf den militärischen Beitrag, welcher aber von allen im Bundestag vertretenen Parteien – mit Ausnahme der Partei DIE LINKE – regelmäßig als Voraussetzung für die zivilen Hilfsmaßnahmen genannt wird.

Die Untersuchung zeigt, dass bei der Rechtfertigung des OEF-Mandates im November 2001 zunächst die bündnissolidarischen Argumente deutlich überwiegen. In der Debatte am 16. November erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), dass der Einsatz der Bundeswehr „nach einer Anforderung der Vereinigten Staaten“ erfolge. Er fügte hinzu:

Wir erfüllen damit die an uns gerichteten Erwartungen unserer Partner und wir leisten das, was uns objektiv möglich ist und was politisch verantwortet werden kann. Aber mehr noch: Durch diesen Beitrag kommt das vereinte und souveräne Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt nach. Wir müssen erkennen: Nach den epochalen Veränderungen seit dem Herbst 1989 hat Deutschland seine volle Souveränität zurückgewonnen. (Deutscher Bundestag 2001c, S. 19857)

Im Hinblick auf die Zuweisung der Rolle des „signifikanten Anderen“ formulierten aber sowohl die Parteilinke in der SPD als auch der Koalitionspartner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schon früh ein differenzierteres Bild als der Kanzler, der dem US-Präsidenten die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands zugesichert hatte. So argumentierte Andrea Nahles (SPD) beispielsweise:

Militär ist gefragt, aber auf Zeit und mit einem klar umrissenen Ziel. Militär hat eine dienende Funktion, eingebettet in eine politische Strategie. Deshalb sage ich ja zur uneingeschränkten Solidarität mit dem amerikanischen Volk. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit einer bedingungslosen Unterstützung der amerikanischen Militärstrategie. (Deutscher Bundestag 2001c, S. 19884)

¹⁹ In einer gemischt quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse wurden alle achtzehn Mandatierungsdebatten im deutschen Bundestag von 2001–2010 ausgewertet. Siehe auch den Beitrag von Harald Müller und Jonas Wolff in diesem Band.

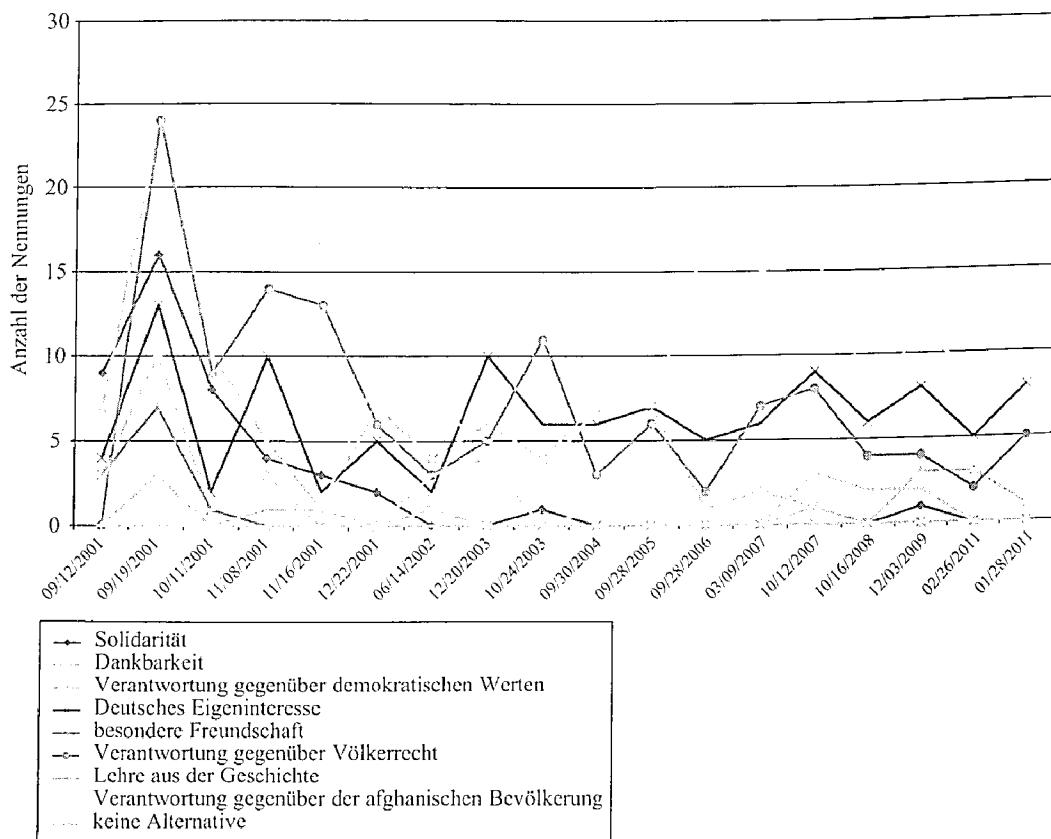


Abb. 3: Argumentative Rechtfertigung der deutschen Afghanistanrolle, 2001–2011. (Quelle: Eigene Darstellung)

Betrachtet man das Solidaritätsargument gegenüber den Vereinigten Staaten hingegen über die vergangenen zehn Jahre, so büßt dieses stark an Gewicht ein (vgl. Abb. 3).

Das bündnissolidarische Argument beschränkte sich aber nicht nur auf die USA, sondern galt auch für die anderen in Afghanistan stationierten ISAF-Verbände bzw. deren Entsendenationen. Wiederholte internationale Kritik, vor allem aus Kanada und den Niederlanden, an den Einsatzrestriktionen für das deutsche Kontingent wurde in den Debatten 2006 und 2007 besonders stark adressiert. Am 12. Oktober 2007 erklärte beispielsweise der SPD-Abgeordnete Detlef Dzembritzki in Anwesenheit des kanadischen Parlamentspräsidenten:

Alle Länder, die in Afghanistan aktiv sind, achten auch darauf, wie der Bundestag entscheidet. Deswegen ist es umso wichtiger, zu erreichen, über diese Jahresentscheidung hinaus eine Verbindlichkeit für unser Handeln festzustellen. ... Das ist unsere Richtschnur; das ist unsere verbindliche Aussage an die Kanadier, Niederländer, Australier und all die anderen, die in Afghanistan aktiv sind. – Diese solidarische Geste ist notwendig. (Deutscher Bundestag 2007, S. 12350)

Neben der Bündnissolidarität beherrschte der Selbstschutz der Bundesrepublik im Anti-Terrorkampf als Eigeninteresse die Argumente der Einsatzbefürworter. So erklärte der ehemalige Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) für seine Fraktion:

Warum schicken wir denn eigentlich Soldaten an den Hindukusch? Wir schicken doch Soldaten nach Afghanistan, um ganz entscheidend den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, damit er auch in Deutschland keine Chance hat, Anschläge durchzuführen. (Deutscher Bundestag 2001d, S. 20834)

Zwar findet sich dieses Argument stark und durchgängig bei der CDU/CSU-Fraktion, aber auch bei der SPD und FDP. Interessant ist hier zum einen, dass das deutsche Eigeninteresse (nach wie vor) sehr häufig mit jenem der „internationalen Staatengemeinschaft“, „aller Zivilisationen“ und „Europas“ gleichgesetzt wird. Zum anderen wird ab 2006/2007, offensichtlich aufgrund der erhöhten Gefährdungslage, zunehmend auch die Stärkung des Selbstschutzes der stationierten deutschen Truppen als Argument für eine Einsatzerweiterung in der Rechtfertigung durch „nationale oder eigene Interessen“ verwendet.

Sehr signifikant ist auch die deutliche Steigerung humanitärer Argumentationen im Laufe des Einsatzes, die immer wieder das afghanische Volk zum „signifikanten Anderen“ der Legitimation machen. Anfänglich häufiger bei der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu finden, wurde der Schutz der afghanischen Bevölkerung vor der Bedrohung durch die Taliban ein konstanter Topos aller Parteien – ausgenommen der PDS-Fraktion. Angesichts der einsetzenden Abzugsforderungen ermahnte beispielsweise die Abgeordnete Dorothee Bär (CDU/CSU) ihre Kollegen:

Die Menschen vor Ort vertrauen auf uns. Wir haben Verantwortung übernommen, und wir dürfen sie jetzt nicht im Stich lassen, weil ein Rückzug zum jetzigen Zeitpunkt das Land zurück in die Hände der Taliban werfen und alles bisher Geleistete zerstören würde. (Deutscher Bundestag 2009a, S. 25748)

Deutlich weniger häufig findet sich der „generalisierte Andere“ in Form der Vereinten Nationen als Referenzpunkt in den Debattenbeiträgen der Befürworter des deutschen militärischen Engagements. Bemerkenswert ist hier vor allem die Häufung am Beginn der Mission, in der Mandatierungsdebatte nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen im Irak (2003) sowie am Ende der Dekade. Nach der Londoner Afghanistan-Konferenz (2006) argumentierte beispielsweise der Abgeordnete Christoph Strässer (SPD) angesichts der stetig schwindenden Unterstützung in seiner eigenen Fraktion:

Man kann nicht so tun, als hätte es die Afghanistan-Konferenz in London nicht gegeben. Sie hat stattgefunden. Deutschland ist nach wie vor Bestandteil der internationalen Staatengemeinschaft, die sich dort massiv engagiert. Deshalb ist es vernünftig, aufgrund der Ergebnisse der Londoner Konferenz hier erneut über dieses Mandat zu diskutieren. (Deutscher Bundestag 2010b, S. 2191)

Starke Verschiebungen in der Einsatzlegitimation finden sich vor allem in Bezug auf das Demokratisierungsargument. Die Unterstützung der Demokratisierung Afghanistans wurde zu Beginn des Einsatzes stark, insbesondere von der SPD, ab 2005 aber immer weniger häufig als Legitimation eingesetzt. Stattdessen setzen sich die Forderungen nach einer aktiven Korruptionsbekämpfung und Verbesserung der Regierungspraxis immer

deutlicher durch, die von kritischen Bewertungen der Präsidentschaft Hamid Karzais durch Vertreter aller Parteien flankiert werden.²⁰

Insgesamt zeigt die Analyse der Rechtfertigungsmuster für das Afghanistanengagement Deutschlands, dass sich im parlamentarischen Diskurs nach wie vor zentrale Wertentscheidungen des Idealtypus „Zivilmacht“ durchaus wiederfinden lassen: Bündnissolidarität, humanitäre Werte und die Bereitschaft zur (generalisierten) „Verantwortungsübernahme“ entweder gegenüber der afghanischen Bevölkerung oder der institutionalisierten Staaten-gemeinschaft in den VN.

Die Untersuchung zeigt aber auch, dass die Abgeordneten im Verlauf des Einsatzes immer stärker selbstbezogene Argumentationen mit in die Debatte einbrachten: Das gilt für den Schutz der eigenen Bevölkerung vor Terroranschlägen, der eigenen Helfer und Soldaten vor Ort, aber auch für die wachsende Konditionalisierung der deutschen Hilfe, die an die Erfüllung westlicher Regierungsstandards gebunden wird. Bemerkenswert ist, dass der traditionelle historische Selbstbezug der Zivilmacht Deutschland, die Abgrenzung gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, fast vollständig aus den Begründungen verschwunden ist.

Am folgenreichsten dürfte sich jedoch die Verschiebung im Bereich der externen „signifikanten Anderen“ auswirken bzw. ausgewirkt haben. Der Aufbau demokratischer Regierungsstrukturen in Afghanistan als Legitimation der deutschen Rolle ist immer stärker der unmittelbaren Solidarität mit der afghanischen Bevölkerung gewichen. Sollte die Bevölkerung diese Rolle jedoch durch die Wahl anti-westlicher Parteien und Kandidaten zurückweisen, dann wird dies seine Wirkung auf die deutsche Rollendefinition nicht verfehlen.

6 Fazit

Ob und welche militärischen, finanziellen oder personellen Mittel die Bundesregierung in Afghanistan einsetzt, hängt im Wesentlichen davon ab, welche Rolle sie gegenüber bestimmten Akteuren in der internationalen Staatengemeinschaft spielen kann und will. Parlamentarische Argumentationsmuster können durch ihre Zusammensetzung Aufschluss darüber geben, welche Partei oder Koalition im Bundestag welche Rechtfertigungsgründe in den (sozialen) Beziehungen gegenüber ihren Wählern und der deutschen Gesellschaft (ego) sowie der Interventionsgesellschaft und Gemeinschaft (alter) für legitim erachtet. Die Ursachen für Veränderungen einer Rolle oder dem situativen Rollenverhalten können also primär auf der ego-Seite, der alter-Seite oder aber der Interaktion der beiden konstitutiven Teile liegen.

20 „Doch unser verstärktes Engagement in Afghanistan kann nur dann erfolgreich sein, wenn auch die afghanische Regierung ihre Hausaufgaben macht. Sie muss die in London eingegangenen Verpflichtungen zügig und mit Nachdruck umsetzen. Wir erwarten, dass sie konsequenter und nachhaltiger als bisher Defizite hinsichtlich verantwortungsvoller Regierungsführung, Bekämpfung von Drogen und Korruption sowie Schutz der Menschenrechte angeht.“ Andreas Schöckenhoff (CDU) in Deutscher Bundestag (2010b, S. 2185).

Ziel dieses Beitrages war es, die Interaktion von ego- und alter-Erwartungen in Bezug auf die deutsche Rolle in Afghanistan zu untersuchen. Unter Zuhilfenahme der Forschung zu State-Building-Dilemmata für externe Interventionsakteure wurde argumentiert, dass der Grad und die Ausprägung des State-Building-Dilemmas auf die Rolle und das Rollenverhalten der Interventionskräfte zurückgeführt werden kann. *In mice: (Selbst-)Beschränkte Rollen sollten geringere Dilemmata hervorrufen oder gar komplementäre Rollen in der Zielgesellschaft induzieren; expansive Rollen können größere Dilemmata nach sich ziehen, da sie erhebliche Anpassungsprozesse des Anderen, der unterschiedlichen (Gewalt-)Akteure in der Zielgesellschaft, verlangen.*

Vor diesem Hintergrund kann für die deutsche Rolle in Afghanistan folgendes Ergebnis festgehalten werden: Zum einen gründete sich die deutschen Rolle in den ersten Jahren auf expansive, aber mit dem Idealtypus der Zivilmacht konforme, politische Ziele (u. a. Demokratisierung, Gleichstellung). Im Vergleich mit anderen Interventionen, beispielsweise dem Balkan, geschah dies mit sehr beschränkten zivilen und militärischen Mitteln („light footprint“).

Die zentralen diskursiven Rechtfertigungsgründe, der Anti-Terrorkampf und die Bündnissolidarität sowie die Vorstellung, dass sich die nach der Vertreibung der Taliban verbliebenen Eliten freiwillig in demokratische und rechtsstaatliche Strukturen einbinden lassen würden, machen zumindest verstehtbar, warum das zivile (zivilisierende) Engagement so schwach ausfiel. Ob ein stärkerer Fußabdruck der Interventionsgemeinschaft in dieser Phase die bestehenden tribalen und regionalen Machtstrukturen hätte verändern können, darf bezweifelt werden (Talentino 2007, S. 167). Zu diesem Zeitpunkt war die internationale Interventionsgemeinschaft für einen größeren (militärischen) Fußabdruck nicht bereit: Zum einen fehlten die materiellen Ressourcen, weil die US-Streitkräfte wegen des (Bürger-)Krieges im Irak gebunden waren. Zum anderen fielen die USA, aufgrund des transatlantischen Streits über den Irakkrieg, in der Führungsrolle als legitimer Hegemon und überragender ziviler Geber aus.²¹

Der absolute und relative Rückgang aller bzw. einiger bestimmter Rechtfertigungsgründe (primär Demokratisierung) im parlamentarischen Diskurs zeigt zudem deutlich an, dass die wachsende Weigerung der lokalen afghanischen Eliten, bestehende Machtpositionen gegen neue und beschränkte Ämter in einem konsolidierten demokratischen Staat aufzugeben, erkennbar auf die deutsche Rollendefinition wirkte. Denn die Veränderungen der Rollenlegitimation weisen nicht einfach auf eine Responsivität gegenüber der eigenen, immer skeptischer werdenden Bevölkerung oder gar auf ein in der Regierung geteiltes machtpolitisches Bewusstsein hin. Die Verschiebungen im parlamentarischen Rollendiskurs orientieren sich vielmehr an dem wechselhaften Koalitionsverhalten und der hinhaltenden Konsolidierungspolitik der Regierung Karzai sowie der wachsenden

²¹ Im Dezember stellte Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lapidar, aber zutreffend fest: „Die Schlüsselfrage des Friedensprozesses ist, wie die fragile Sicherheit in Kabul stabilisiert und auch landesweit gefördert werden kann. Eine ISAF-Ausdehnung würde ein Vielfaches der bisherigen Truppenstärken erfordern und die Anforderungen an Führung, Logistik usw. potenzieren. Dazu sind die Mitglieder der Staatengemeinschaft eindeutig nicht bereit. Umso wichtiger ist deshalb die Förderung von afghanischen Sicherheitsstrukturen, das heißt die Hilfe beim Aufbau einer afghanischen Armee und einer afghanischen Polizei“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 1318).

parteiübergreifenden Erkenntnis, dass es in Afghanistan nicht um einen demokratischen Wiederaufbau, sondern den Aufbau verantwortlicher staatlicher Strukturen an sich geht.²²

Diese Legitimationsveränderungen sind nicht *per se* erklärungsbedürftig. Aus rollentheoretischer Perspektive ist es nicht verwunderlich, dass im Bundestag, der Legislative einer repräsentativen Demokratie mit starken parlamentarischen Kontrollmechanismen und historisch starker multilateraler Einbindung, abwechselnd ego- und alter-Elemente in das deutsche Rollenkonzept integriert werden. Interessant ist vielmehr, wie sich die deutsche Rolle in der Interaktion (von der kooperativen zur konfrontativen Konsolidierung) mit einem neuen signifikanten Anderen, den lokalen Eliten in Afghanistan, veränderte. Hierbei handelt es sich nicht um einen klassischen Sozialisationsprozess in eine bestehende soziale Gruppe hinein, d. h. einen (Re-)Sozialisationsprozess deutscher Außenpolitik innerhalb von NATO und EU. Nimmt man diese neue rollentheoretische Interaktionsebene ernst, dann lassen sich die neuen Interaktionsdilemmata mit staatlichen, aber auch nicht-staatlichen Akteuren in Afghanistan als außenpolitisches Lernen in einem steckengebliebenen „Altercasting“-Prozess beschreiben.

Vergleicht man diese Ergebnisse mit der Genese und Struktur des „alten Realtypus der Zivilmacht Deutschland“, dann lässt sich analytisch und normativ trefflich darüber streiten, ob die Bundesrepublik in Afghanistan, vor allem wegen des dürftigen zivilen Engagements, überhaupt eine „Zivilmachtrolle“ angestrebt hat. Dass aber die von der Bundesrepublik angenommenen Interventionsrollen und die daraus resultierenden Komplementärrollen von wichtigen lokalen afghanischen Akteuren auch mit Gewalt zurückgewiesen wurden, ist offensichtlich. Nicht-staatliche Akteure, wie „warlords“ und Drogenunternehmer²³, sollten deshalb in zukünftigen Rollenanalysen nicht ausgespart bleiben, denn ihr Verhalten kann maßgeblich auf die Legitimation der deutschen Rolle in der internationalen Politik einwirken.

Literatur

- Asia Foundation. (2004). *Voter education planning survey: Afghanistan 2004 national elections*. <http://www.asiafoundation.org/resources/pdfs/afghanvoter04.pdf>. Zugriffen: 25. Feb. 2011.
- Asia Foundation. (2007). *Afghanistan in 2007. A Survey of the Afghanistan People*. Kabul. <http://asiafoundation.org/resources/pdfs/AGsurvey07.pdf>.
- Asia Foundation. (2008). *Afghanistan in 2008. A Survey of the Afghanistan People*. Kabul. <http://asiafoundation.org/resources/pdfs/Afghanistanin2008.pdf>

22 Stellvertretend für viele der Abgeordnete Holger Haibach (CDU) am 26. November 2009: „Natürlich wissen wir, dass wir noch einiges zu tun haben, wenn wir zu einem Aufbau staatlicher Strukturen kommen wollen. Zum Aufbau staatlicher Strukturen gibt es, wie wir wissen, keine Alternative. Deswegen denke ich, dass wir unsere Rolle dabei spielen müssen“ (Deutscher Bundestag 2009b, S. 403).

23 Siehe den Beitrag von Florian P. Kühn in diesem Band.



- Barnett, M., & Zürcher, C. (2008). The Peacebuilder's contract. How external statebuilding reinforces weak statehood. In R. Paris & T. Sisk (Hrsg.). *The dilemmas of state-building. Confronting the contradictions of postwar peace operations* (S. 23–59). New York: Routledge.
- Baumann, R. (2006). *Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Blome, N. (2001, 5. Dezember). Schröder haftet mit. *Welt Online*. http://www.welt.de/print-welt/article491085/Schroeder_haftet_mit.html. Zugegriffen: 27. Juni 2011.
- Breuning, M. (2011). Role theory research in international relations: state of the art and blind spots. In S. Harnisch, et al. (Hrsg.). *Role theory in international relations. Contemporary approaches and analyses* (S. 16–35). New York: Routledge.
- Brück, T., et al. (2010). Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan. *Wochenbericht des DIW*, 21, 2–11.
- Bueno de Mesquita, B., & Downs, G. (2006). Intervention and democracy. *International Organization*, 60(3), 627–649.
- Bull, H. (1977). *The anarchical society. A study of order in world politics*. New York: Columbia University Press.
- Bundesregierung. (2003). *Das Afghanistankonzept der Bundesregierung*. Berlin.
- Bundesregierung. (2004). *Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“*. Berlin.
- Bundesregierung. (2006). *Das Afghanistankonzept der Bundesregierung*. Berlin.
- Byrd, W. (2007). *Responding to Afghanistan's Development Challenge: an assessment of experience during 2002–2007 and issues and priorities for the future*. Worldbank. http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2007/12/26/000020953_20071226093955/Rendered/PDF/416760REPLACEM1t0Challenge01PUBLIC1.pdf. Zugegriffen: 27. Feb. 2011.
- Daxner, M., et al. (2008). Afghanistan: Staatsgründung und Heimatdiskurs. In ASIK (Hrsg.). *Tagungsreader Folgekonflikte nach militär-gestützten humanitären Interventionen* (S. 26–44). Oldenburg: BIS.
- Dessler, D. (1989). What's at stake in the agent-structure debate? *International Organization*, 43(3), 441–473.
- Deutscher Bundestag. (2001a, 7. November). *Antrag der Bundesregierung*. Drucksache 14/7296.
- Deutscher Bundestag. (2001b, 21. Dezember). *Antrag der Bundesregierung*. Drucksache 14/7930.
- Deutscher Bundestag. (2001c, 16. November). *Stenographischer Bericht. 202. Sitzung*. Plenarprotokoll 14/202.
- Deutscher Bundestag. (2001d, 22. Dezember). *Stenographischer Bericht. 210. Sitzung*. Plenarprotokoll 14/210.
- Deutscher Bundestag. (2002, 20. Dezember). *Stenographischer Bericht. 17. Sitzung*. Plenarprotokoll 15/17.
- Deutscher Bundestag. (2003, 15. Oktober). *Antrag der Bundesregierung*. Drucksache 15/1700.
- Deutscher Bundestag. (2004, 27. Oktober). *Antrag der Bundesregierung*. Drucksache 15/4032.
- Deutscher Bundestag. (2007, 12. Oktober). *Stenographischer Bericht. 119. Sitzung*. Plenarprotokoll 16/119.
- Deutscher Bundestag. (2009a, 2. Juli). *Stenographischer Bericht. 230. Sitzung*. Plenarprotokoll 16/230.
- Deutscher Bundestag. (2009b, 26. November). *Stenographischer Bericht. 7. Sitzung*. Plenarprotokoll 17/7.
- Deutscher Bundestag. (2010a, 9. Februar). *Antrag der Bundesregierung*. Drucksache 17/654, 9. Februar.
- Deutscher Bundestag. (2010b, 26. Februar). *Stenographischer Bericht. 25. Sitzung*. Plenarprotokoll 17/25.

- Distler, W. (2010). Die Bedingungen der Intervention: Interaktion in einer Ausnahmesituation. In T. Bonacker, et al. (Hrsg.), *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften* (S. 119–139). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eichhorst, K., et al. (2008). Der Afghanistan-einsatz der Bundeswehr – die deutsche Debatte. In ISUK (Hrsg.), *Jahrbuch Terrorismus 2007/2008* (S. 169–184). Opladen: Barbara Budrich.
- Frenkler, U. (2001). Germany at Maastricht – power politics or Civilian Power? In: S. Harnisch & H. W. Maull (Hrsg.), *Germany as a Civilian Power: The Foreign Policy of the Berlin Republic* (S. 26–48). Manchester: Manchester University Press.
- Friesendorf, C. (2011). Paramilitarization and security sector reform: the Afghan national police. *International Peacekeeping*, 18(1), 79–95.
- Glassner, R., & Schetter, C. (2007). Der deutsche Beitrag zum Wiederaufbau in Afghanistan seit 2001: Bundeswehreinsatz und ziviles Engagement. In B. Schoch, et al. (Hrsg.), *Friedensgutachten 2007* (S. 62–74). Berlin: LIT.
- Goode, S. M. (2009). A historical basis for force requirements in counterinsurgency. *Parameters*, Winter 2009/2010, 45–57.
- Guistozzi, A. (2004). *Good state versus bad warlord? A critique of state-building strategies in Afghanistan*. Crisis States Research Centre LSE, Development Studies Institute. Working Paper 51. <http://eprints.lse.ac.uk/13314/1/wp51.pdf>. Zugriffen: 25. Feb. 2011.
- Guistozzi, A. (2009a). *Empires of mud: war and warlords in Afghanistan*. New York: Columbia University Press.
- Guistozzi, A. (Hrsg.). (2009b). *Decoding the Neo-Taliban. Insights from the Afghan field*. New York: Columbia University Press.
- Guistozzi, A., & Reuter C. (2011). *The insurgents of the Afghan north*. Afghanistan Analysts Network, <http://aan-afghanistan.com/uploads/AAN-2011-Northern-Insurgents.pdf>. Zugriffen: 3. Juni 2011.
- Hale, J. (2009, 21. September). Continuing restrictions likely on some NATO forces in Afghanistan. *Defense News*. <http://www.defensenews.com/story.php?i=4286208>. Zugriffen: 25. Feb. 2011.
- Harnisch, S. (2003). Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels. In G. Hellmann, K. D. Wolf, & M. Zürn (Hrsg.), *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland* (S. 313–360). Baden-Baden: Nomos.
- Harnisch, S. (2007). Grenzerfahrungen. Deutsche Europapolitik und Europäischer Verfassungsvertrag. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 17(1), 61–77.
- Harnisch, S. (2011a). Role theory: operationalization of key concepts. In S. Harnisch, et al. (Hrsg.), *Role theory in international relations. Contemporary approaches and analyses* (S. 7–15). New York: Routledge.
- Harnisch, S. (2011b). „Dialogue and emergence“: George Herbert Mead's contribution to role theory and his reconstruction of international politics. In S. Harnisch, et al. (Hrsg.), *Role theory in international relations. Contemporary approaches and analyses* (S. 36–54). New York: Routledge.
- Harnisch, S. (2012). Conceptualizing in the minefield: role theory and foreign policy learning. *Foreign Policy Analysis*, 8(1).
- Harnisch, S., et al. (Hrsg.). (2011c). *Role theory in international relations. Contemporary approaches and analyses*. New York: Routledge.
- Harnisch, S., & Maull, H. W. (2001). Conclusion: learned its lesson well? Germany as a civilian power ten years after unification. In S. Harnisch & H. W. Maull (Hrsg.), *Germany as a civilian power. The foreign policy of the Berlin republic* (S. 128–156). Manchester: Manchester University Press.

- Harnisch, S., & Schieder, S. (2006). Germany's new European policy: weaker, leaner, meaner. In H. W. Maull (Hrsg.), *Germany's uncertain power: Foreign policy of the Berlin republic* (S. 95–108). New York: Palgrave.
- Hommelhoff, K. (2007). Eine afghanische Trias – Deutschland zwischen Wiederaufbau und Kampfeinsatz. *Humanitäres Völkerrecht*, 20(3), 179–184.
- Jönsson, C. (1984). *Superpower: Comparative American and soviet foreign policy*. New York: St. Martin's Press.
- Kaim, M. (2008). Germany, Afghanistan and the future of NATO. *International Journal*, 63(3), 607–623.
- Kaim, M. (2010). *L'engagement militaire allemand en Afghanistan. Conditions, évaluation, perspectives*. Note du CERFA 76. Paris: CERFA.
- Kempin, R., & Steinicke, S. (2009). EU-POL Afghanistan: Europas ziviles Engagement am Rande des Glaubwürdigkeitsverlustes. In M. Asseburg & R. Kempin (Hrsg.), *Die EU als Strategischer Akteur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Eine systematische Bestandsaufnahme von ESVP-Missionen und Operationen* (S. 150–163). SWP-Studie S 32. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Kirste, K. (1998). *Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Kirste, K., & Maull, H. W. (1996). Zivilmacht und Rollentheorie. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3(2), 283–312.
- Koehler, J. (2010). Empirische Interventionsforschung – eine Problemannäherung für den Fall Afghanistan. In T. Bonacker, et al. (Hrsg.), *Interventionskultur: Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften* (S. 219–260). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Koenigs, T. (2010). Deutsche Afghanistanpolitik nach der Londoner Konferenz. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 3(3), 265–276.
- Krause, U. von. (2011). *Die Afghanistan Einsätze der Bundeswehr: Politischer Entscheidungsprozess mit Eskalationsdynamik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Larson, A. (2011). *Deconstructing „Democracy“ in Afghanistan*. Afghanistan Research and Evaluation Unit. <http://www.areu.org.af/Uploads/EditionPdfs/1110E-Deconstructing%20Democracy%20in%20Afghanistan%20SP%202010.pdf>. Zugegriffen: 3. Juni 2011.
- Löfflmann, G. (2008). *Verteidigung am Hindukush. Die Zivilmacht Deutschland und der Krieg in Afghanistan*. Hamburg: Diplomica.
- Lombardi, B. (2008). All politics is local: Germany, the Bundeswehr, and Afghanistan. *International Journal*, 63(3), 587–605.
- Maaß, C. (2008). Afghanisierung der Stabilisierungsstrategie. In P. Schmidt (Hrsg.), *Das internationale Engagement in Afghanistan*. SWP-Studie S 23 (S. 13–30). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Malici, A. (2006). Reagan and Gorbachev: altercasting at the end of the Cold War. In M. Schafer & S. G. Walker (Hrsg.), *Beliefs and leadership in world politics. Methods and applications of operational code analysis* (S. 127–150). New York: Palgrave.
- Maull, H. W. (1990/1991). Germany and Japan: the new civilian powers. *Foreign Affairs*, 69(5), 91–106.
- Maull, H. W. (1992). Zivilmacht: Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz. In W. Heydrich, et al. (Hrsg.), *Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente* (S. 771–786). Baden-Baden: Nomos.
- Maull, H. W. (2000). Germany and the use of force: still a „civilian power“? *Survival*, 42(2), 56–80.
- Maull, H. W. (2006). Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck. In M. G. Schmidt & R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1999* (S. 421–445). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Maull, H. W. (2007). Deutschland als Zivilmacht. In S. Schmidt, G. Hellmann, & R. Wolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (S. 73–84). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mead, G. H. (1934): *Mind, self, and society: from the standpoint of a social behaviorist*. Chicago: University of Chicago Press.
- Meiers, F.-J. (2010). Von der Scheckbuch-Diplomatie zur Verteidigung am Hindukusch. Die Rolle der Bundeswehr bei multinationalen Auslandseinsätzen 1990–2009. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 3(2), 201–222.
- Merz, S. (2007). *Still on the way to Afghanistan? Germany and its forces in the Hindu Kush*. Sipri Project Paper. Stockholm: Stockholm International Peace Research Institute.
- Nachtwei, W. (2009). *Reisebericht Afghanistan September 2009*. http://www.nachtwei.de/downloads/bericht/reise_afghanistan_sept-2009.pdf. Zugegriffen: 25. Feb. 2011.
- Nachtwei, W. (2011). Afghanistan-Einsatz – Von der Stabilisierung zur Aufstandsbekämpfung. <http://www.nachtwei.de/downloads/beitraege/Nachtwei-Buchbeitrag-NL-11-10.pdf>. Zugegriffen: 27. Feb. 2011.
- Paris, R., & Sisk, T. (Hrsg.). (2008a). *The dilemmas of state-building. Confronting the contradictions of postwar peace operations*. New York: Routledge.
- Paris, R., & Sisk, T. (2008b). Conclusion: confronting the contradictions. In R. Paris & T. Sisk (Hrsg.), *The dilemmas of state-building. Confronting the contradictions of postwar peace operations* (S. 304–315). New York: Routledge.
- Paul, M. (2008). *CIMIC am Beispiel des ISAF-Einsatzes Konzeption, Umsetzung und Weiterentwicklung zivil-militärischer Interaktion im Auslandseinsatz*. SWP-Studie S 31. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Pfeil, F. (2000). *Zivilmacht für die Menschenrechte? Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik 1990–1998*. Hamburg: Dr. Kovac.
- Philippi, N. (1997). *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Roos, U. (2010). *Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rosenberg, M., & Zahori, H. (2010, 4. April). Karzai slams against the west. *Wall Street Journal*. <http://online.wsj.com/article/SB10001424052702303917304575162012382865940.html>
- Rubin, B. R. (2002). *The fragmentation of Afghanistan. State formation and collapse in the international system*. New Haven: Yale University Press.
- Ruttig, T. (2009). *The other side. Dimensions of the Afghan insurgency: causes, actors and approaches to talks*. Afghanistan Analysts Network. <http://www.aan-afghanistan.org/uploads/200907%20AAN%20Report%20Ruttig%20-%20The%20Other%20Side.PDF>. Zugegriffen: 24. Feb. 2011.
- Schneckener, U. (2010). Unintended consequences of international statebuilding. In C. Daase & C. Friesendorf (Hrsg.), *Rethinking security governance. The problem of unintended consequences* (S. 62–81). New York: Routledge.
- Sisco, J. (2011). Karzai's governing strategy: a threat to ISAF COIN implementation. *Small Wars Journal*, 7(1), 13–21.
- Sisk, T. (2010). Paradoxes and dilemmas of democratization and state-building in war-torn countries: from problems to policy. In J. Krause & C. King Mallory IV (Hrsg.), *International statebuilding and reconstruction efforts. Experience gained and lessons learned* (S. 57–75). Opladen: Barbara Budrich.
- Struck, P. (2010). Interview in der Frontal-Dokumentation „Sterben für Afghanistan“ am 16. März. <http://www.youtube.com/watch?v=bpFgC68n3cA>. Zugegriffen: 24. Feb. 2011.
- Suhrke, A. (2011). Exogenous State-Building: the contradictions of the international project in Afghanistan. In W. Mason (Hrsg.), *The rule of law in Afghanistan. Missing in action* (S. 225–248). Cambridge: Cambridge University Press.

- Tagesschau. (2011). *Das Ansehen des Westens ist so schlecht wie nie*. <http://www.tagesschau.de/ausland/afghanistanumfrage190.html>. Zugegriffen: 25. Feb. 2011.
- Talentino, A. (2007). Perceptions of peacebuilding: the dynamic of imposer and imposed upon. *International Studies Perspectives*, 8(2), 152–171.
- Thies, C. (2003). Sense and sensibility in the study of state socialization: a reply to Kai Alderson. *Review of International Studies*, 29(4), 543–550.
- Thies, C. (2010a). Role theory and foreign policy. In R. A. Denemark (Hrsg.), *The international studies encyclopedia* (S. 6335–6356). Oxford: Blackwell.
- Thies, C. (2010b). *State socialization and Israeli national role conceptions: how role theory can integrate IR theory and foreign policy analysis*. Paper presented at Annual Meeting of the International Studies Association. New Orleans, February.
- Thies, C. (2010c). State socialization and structural realism. *Security Studies*, 19(4), 689–717.
- Walker, S. G. (Hrsg.). (1987). *Role theory and foreign policy analysis*. Durham: Duke University Press.
- Wendt, A. (1994). Collective identity formation and the international state. *American Political Science Review*, 88(2), 384–396.
- Wendt, A. (1999). *Social theory of international politics*. New York: Cambridge University Press.
- Wilder, A. (2007). *Cops or robbers? The struggle to reform the Afghan national police*. Human Security Report Project. <http://www.afghanconflictmonitor.org/2007/07/cops-or-robbers.html>. Zugegriffen: 24. Feb. 2011.
- Zürcher, C. (2010a). *Der verhandelte Frieden: Interventionskultur und Interaktion in Nachkriegsgesellschaften*. Baden-Baden: Nomos.
- Zürcher, C. (2010b). Der verhandelte Frieden: Interventionskultur und Interaktion in Nachkriegsgesellschaften. In T. Bonacker, et al. (Hrsg.), *Interventionskultur: Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften* (S. 19–30). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.